



Erläuterungen zur Verordnung vom 23. Juni 2021 über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der COVID-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung besondere Lage; SR 818.101.26)

Stand: 07.07.2021

1. Ausgangslage

Mit Beschluss vom 23. Juni 2021 hat der Bundesrat im Zuge der Lockerungen aufgrund der günstigen epidemiologischen Lage die COVID-19-Verordnung besondere Lage totalrevidiert.

Die vorliegend erläuterte Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung besondere Lage; SR 818.101.26) stützt sich auf Artikel 6 Absatz 2 Buchstaben a und b Epidemien-gesetz vom 28. September 2012¹ (EpG). Sie regelt die Massnahmen gegenüber Personen, Massnahmen betreffend öffentlich zugängliche Einrichtungen und Betriebe sowie Veranstaltungen, Massnahmen zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie die Meldepflicht der Kantone betreffend die Kapazitäten in der Gesundheitsversorgung.

Die vorliegenden Erläuterungen beziehen sich auf die Covid-19-Verordnung besondere Lage in der Fassung vom 26. Juni 2021.

2. Erläuterungen im Einzelnen

2.1 Allgemeine Bestimmungen (1. Abschnitt)

Artikel 1

Gegenstand der vorliegenden Verordnung ist gemäss *Absatz 1* die Anordnung von Massnahmen gegenüber der Bevölkerung, Organisationen und Institutionen sowie den Kantonen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie.

Die Massnahmen bezwecken gemäss *Absatz 2* einerseits, die Verbreitung des Coronavirus (Covid-19) in präventiver Weise zu verhindern (beispielsweise durch das Einhalten von Abstand zwischen Personen oder das Tragen von Schutzmasken), und andererseits Übertragungsketten zu unterbrechen (insb. durch die Identifizierung von Personen, die mit infizierten Personen in Kontakt waren [Contact Tracing]) und eine Ausbreitung des Virus zu verhindern.

¹ SR 818.01

Artikel 2

Absatz 1 enthält die Feststellung, dass die Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach wie vor Regelungen erlassen dürfen, sofern diese Verordnung keine spezifischen Vorgaben macht. Diese Kompetenzen sind vor dem Hintergrund, dass den Kantonen im Rahmen der besonderen Lage wieder die Hauptverantwortung zukommt, zu verstehen. Die vorliegende Bestimmung steht insbesondere der Anordnung von Vollzugs-massnahmen nach Artikel 40 EpG nicht entgegen. Zum Handlungsspielraum der Kan-tone in Bereichen, in denen die vorliegende Verordnung Massnahmen vorsieht, ist zu-dem auf die Artikel 22 und 23 zu verweisen.

Der Bereich der obligatorischen Schule und der Sekundarstufe II wird durch die Ver-ordnung besondere Lage nicht mehr geregelt. Allfällige Massnahmen wie z.B. das Vor-sehen einer Maskenpflicht oder das Erstellen eines Schutzkonzeptes fallen einzig in die Zuständigkeit der Kantone (*Abs. 2*).

Artikel 3

Mit *Artikel 3* wird ein neuer Definitionsartikel für Personen mit einem Zertifikat einge-fügt, damit in den entsprechenden Artikeln auf eine jeweilige Umschreibung verzichtet werden kann. Personen mit einem Zertifikat im Sinne dieser Verordnung sind Perso-nen, die über ein Covid-19-Zertifikat nach Artikel 1 Buchstabe a Covid-19-Verordnung Zertifikate vom 4. Juni 2021² oder ein anerkanntes ausländisches Zertifikat nach dem 7. Abschnitt der Covid-19-Verordnung Zertifikate verfügen. In der Schweiz erhalten geimpfte Personen ein Covid-19-Zertifikat mit einer Gültigkeitsdauer von aktuell zwölf Monaten ab Verabreichung der letzten Impfdosis (Ausnahme: beim Impfstoff von Jans- sen laufen die 12 Monate ab dem 22. Tag nach erfolgter Impfung). Für genesene Per-sonen beginnt die Gültigkeit ihres Covid-19-Zertifikats ab dem 11. Tag nach dem po-sitiven Testresultat und dauert ab dem Testresultat aktuell sechs Monate. Negativ ge-testete Personen erhalten ein Covid-19-Zertifikat, dessen Gültigkeitsdauer je nach Testvariante länger oder kürzer ist (PCR-Test: 72 Stunden ab Zeitpunkt der Probeent-nahme; Antigen-Schnelltest: 48 Stunden ab Zeitpunkt der Probeentnahme). Für wei-tere Ausführungen ist auf die Covid-19-Verordnung Zertifikate und die entsprechenden Erläuterungen zu verweisen.

In der vorliegenden Verordnung ist in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Bun-desrates der Einsatz des Zertifikats als Zugangsbeschränkung einzig optional im «orangenen Bereich» (z.B. für den Betrieb von Bars, Restaurants oder anderen Freizeit-einrichtungen) sowie zwingend im «roten» Bereich für Grossveranstaltungen sowie Diskotheken und Tanzveranstaltungen vorgesehen. Im «grünen» Bereich, d.h. in Be-reichen des alltäglichen Lebens (z.B. Öffentlicher Verkehr oder Detailhandel) ist das Covid-Zertifikat nicht vorgesehen. Sollte sich im Rahmen der Privatautonomie ein Be-treiber (wenn keine gesetzlichen Pflichten zur Leistungserbringung, z.B. Transport-pflicht, sowie keine Persönlichkeitsverletzung vorliegen) für die Verwendung des Zer-tifikats entschliessen, hat dies keine Konsequenzen für die zu treffenden Schutzmas-snahmen und allfällige Kapazitätsbeschränkungen: diese bleiben zwingend verbind-lich, unabhängig davon, ob nur Personen mit einem Zertifikat Zugang erhalten oder der Betrieb allen Personen offen steht.

² SR 818.102.2

2.2 Massnahmen gegenüber Personen (2. Abschnitt)

Artikel 4

Diese Bestimmung hält fest, welche Grundregeln die Bevölkerung bzw. Privatpersonen in ihrem täglichen Leben zu beachten haben. Hierzu verweist sie auf die entsprechenden Empfehlungen bzw. Hygiene- und Verhaltensregeln, die das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gestützt auf Artikel 9 Absatz 3 EpG seit Beginn der Corona-Epidemie erlassen, aktualisiert und auf seiner Website veröffentlicht hat. Darin enthalten sind Regeln zum Abstand halten, zum Tragen von Masken, zum gründlichen Händewaschen, zur Vermeidung von Händeschütteln oder zum Niesen und Husten. Die Regeln werden der Bevölkerung zudem auf den mittlerweile allseits bekannten Plakaten bildlich und mit kurzen Texten vermittelt.

Artikel 5

Gemäss *Absatz 1* sind Reisende im Innenbereich von Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs wie Zügen, Strassenbahnen, Bussen, Schiffen, Luftfahrzeugen und Seilbahnen dazu verpflichtet, eine Gesichtsmaske zu tragen. Die Pflicht gilt nicht beim Verzehr eines kleinen Picknicks (kurzzeitige Konsumation) im Fahrzeug. Im Aussenbereich, z.B. auf Schiffen oder auf Sesselbahnen, muss keine Maske getragen werden. Bei grenzüberschreitenden Verkehrsmitteln gilt die Pflicht – ausländische Regelungen für das jeweilige Staatsgebiet vorbehalten – ab der Grenze im Inland.

Als Gesichtsmasken im Sinne dieser Bestimmung gelten Atemschutzmasken, Hygienemasken sowie auch Textilmasken, die eine hinreichende, Dritte schützende Wirkung haben. Primär werden zertifizierte bzw. konforme Masken empfohlen. Textilmasken, welche die Empfehlungen der Swiss National COVID-19 Science Task Force erfüllen, sind gegenüber andern Textilmasken, speziell Eigenanfertigungen, zu favorisieren. Schals oder andere unspezifische Textilien sind keine Gesichtsmasken.

Von der Pflicht ausgenommen sind zum einen Kinder bis zu ihrem 12. Geburtstag (*Bst. a*). Diese Ausnahme erscheint sinnvoll vor dem Hintergrund, dass nach aktuellem Wissensstand bei dieser Altersgruppe sowohl das Risiko, dass andere Personen durch sie angesteckt werden, als auch das Risiko für einen symptomatischen Krankheitsverlauf sehr gering sind. Weil sich zudem diese Kinder auch in der Freizeit und der Schule sehr nahekommen, ohne eine Gesichtsmaske zu tragen, erscheint bei ihnen eine Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr nicht gerechtfertigt.

Zum andern sind Personen von der Maskenpflicht ausgenommen, die nachweisen können (bspw. mittels Arztzeugnis), dass sie aus besonderen Gründen keine Gesichtsmaske tragen können (*Bst. b*). Dabei kann es sich namentlich um medizinische Gründe handeln (Gesichtsverletzungen, hohe Atemnot, Angstzustand beim Tragen einer Gesichtsmaske, Menschen mit bestimmten Behinderungen, für die das Tragen einer Maske nicht zumutbar oder in der Praxis – beispielsweise wegen motorischen Einschränkungen – nicht umsetzbar ist etc.). Für den Nachweis medizinischer Gründe ist ein Attest einer Person erforderlich, die nach dem Medizinalberufegesetz³ oder dem Psychologieberufegesetz⁴ (nur Psychotherapeuten, keine Psychologen) zur Berufsausübung ein eigener fachlicher Verantwortung befugt ist, und bei der die von der Maskenpflicht befreite Person in Behandlung ist. Bei Behinderungen, die dem Tragen einer Maske offensichtlich entgegenstehen (z.B. fehlende oder stark eingeschränkte

³ SR 811.11

⁴ SR 935.81

Motorik der Arme oder des Oberkörpers) muss kein Attest vorgewiesen werden.

Zu Zwecken einer erforderlichen Kommunikation mit Menschen mit einer Behinderung (z.B. Hörbehinderung, kognitive Beeinträchtigung, Beeinträchtigung der Aufmerksamkeit) können insbesondere das Personal oder Begleitpersonen die Maske selbstverständlich abnehmen. Als Beispiel für nicht medizinische Gründe kann der Fall eines selbstständigerwerbenden Handwerkers aufgeführt werden, wenn bei dessen Tätigkeit in einer öffentlich zugänglichen Einrichtung aus Sicherheitsgründen oder aufgrund der Art der Tätigkeit keine Maske getragen werden kann. Unzureichend sind hingegen Selbstdeklarationen von betroffenen Personen ohne Angabe eines einschlägigen besonderen Grundes im Sinne der vorliegenden Bestimmung.

Die Pflicht zum Tragen der Gesichtsmaske obliegt jeder einzelnen Person und wird sowohl vom Bund als auch von den Kantonen und den Transportunternehmen aktiv kommuniziert. Im Rahmen des Vollzugs können sowohl die Fahrzeugführer als auch das weitere Personal im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Umsetzung dieser Pflicht beitragen. Denkbar ist beispielsweise, dass ein Busschauffeur, der erkennt, dass einzelne Personen keine Gesichtsmaske tragen, mittels Durchsage auf die Pflicht zum Tragen der Maske hinweist und die Abfahrt einen Moment verzögert, um den betroffenen Personen die Möglichkeit zu geben, eine Maske anzuziehen. Das mit der Kontrolle von Fahrausweisen beauftragte Personal kann Personen ohne Maske dazu auffordern, bei der nächsten Haltestelle auszusteigen. Weitergehende Kompetenzen haben die Sicherheitsorgane gemäss Bundesgesetz über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr (BGST, SR 745.2), d.h. der Sicherheitsdienst und die Transportpolizei. Diese haben u.a. die Aufgabe, für die Beachtung der Transport- und Benützungsvorschriften zu sorgen (Art. 3 Abs. 1 Bst. a BGST). Sie können Personen, die sich vorschriftswidrig verhalten, anhalten, kontrollieren und wegweisen (Art. 4 Abs. 1 Bst. b BGST). Wer Anordnungen dieser Personen zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft. Die Verfolgung und Beurteilung solcher Verstösse ist Sache der Kantone (Art. 9 BGST sowie Art. 84 Abs. 1 EpG).

Die Fahrzeuge, in denen die Pflicht zum Maskentragen gilt, werden in Absatz 1 nur beispielhaft aufgezählt (Züge, Trams, Busse, Schiffe, Luftfahrzeuge und Seilbahnen). *Absatz 2* klärt, was alles unter diesen Begriff fällt. Es handelt sich dabei gemäss *Buchstabe a* um die zur Personenbeförderung genutzten Fahrzeuge von Unternehmen mit einer Konzession nach Artikel 6 oder einer Bewilligung nach den Artikeln 7 oder 8 des Personenbeförderungsgesetzes vom 20. März 2009 (PBG, SR 745.1). Das PBG regelt die regelmässige und gewerbsmässige Personenbeförderung auf Eisenbahnen, auf der Strasse und auf dem Wasser, sowie mit Seilbahnen, Aufzügen und anderen spurgeführten Transportmitteln (Art. 1 Abs. 2 PBG). In den für diese Personenbeförderung genutzten Fahrzeugen gilt demnach die Pflicht zum Tragen einer Gesichtsmaske im geschlossenen Bereich. Als Fahrzeuge gelten in diesem Sinne insbesondere auch Kabinen touristischer Transportanlagen (vgl. Art. 2 Abs. 2 Bst. b PBG).

Buchstabe b umschreibt die Maskenpflicht in Luftfahrzeugen. Diese gilt für Luftfahrzeuge von Unternehmen mit einer Betriebsbewilligung nach Artikel 27 oder 29 des Luftfahrtgesetzes vom 21. Dezember 1948. Damit gilt sie für alle internationalen Flüge, die Schweizer Flughäfen anfliegen oder von Schweizer Flughäfen starten (inkl. allen Flügen innerhalb der Schweiz), unabhängig vom überflogenen Staatsgebiet oder davon, wo die Fluggesellschaft ihren Sitz hat. Soweit für diese Flüge bzw. die in- und ausländischen Unternehmen, welche mit Luftfahrzeugen gewerbsmässig Personen befördern, gestützt auf die genannten Artikel des Luftfahrtgesetzes eine Bewilligung des BAZL notwendig ist, kann die Verpflichtung ohne weiteres durchgesetzt werden. Die Beschränkung auf Luftfahrzeuge, die im Linien- und Charterverkehr eingesetzt

werden, ist notwendig, weil ansonsten auch bei Rundflügen im Rahmen eines gewerbmässigen Flugbetriebes eine Maskenpflicht bestehen würde. Solche Flüge gehören aber nicht zum öffentlichen Verkehr, wie er in Artikel 5 umschrieben wird.

Artikel 6

Absatz 1: Diese Bestimmung enthält eine schweizweite Maskentragpflicht in öffentlich zugänglichen Innenräumen von Einrichtungen und Betrieben sowie in allen Warte- und Zugangsbereichen des öffentlichen Verkehrs.

Reisende in Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs wie Zügen, Strassenbahnen, Bussen, Schiffen, Luftfahrzeugen und Seilbahnen müssen bereits gestützt auf Art. 5 Abs. 1 im geschlossenen Bereich der Fahrzeuge eine Gesichtsmaske tragen. Die vorliegende Bestimmung weitet diese Pflicht aus auf Personen, die sich in geschlossenen Wartebereichen für Bahn, Tram und Bus befinden oder sich in geschlossenen Bahnhöfen (z.B. im Tiefbahnhof Zürich), Flughäfen oder im Innern von anderen Zugangsbereichen (z.B. Seilbahnstationen) des öffentlichen Verkehrs aufhalten.

Zudem gilt eine Maskenpflicht in allen öffentlich zugänglichen Innenräumen. Als öffentlich zugängliche «Innenräume» gelten wie bis anhin solche, die in öffentlich zugänglichen Einrichtungen und Betrieben für das Publikum offen sind. Darunter fallen insbesondere Verkaufslokale (wie Geschäfte und Einkaufszentren, Messehallen), Dienstleistungsbetriebe (wie Publikumsbereiche in Banken und Poststellen, Reisebüros, Werkstatt- und Reparaturbetriebe für Velos), Hotel- und Beherbergungsbetriebe mit Ausnahme der einzelnen Gästezimmer, Gesundheitseinrichtungen wie Arztpraxen oder öffentlich zugängliche Bereiche von Pflegeheimen und Spitälern, Kirchen und weitere religiöse Einrichtungen, soziale Einrichtungen, Beratungsstellen und Quartier- und Jugendräume. Ebenso gilt eine Maskentragpflicht in jenen Teilen der öffentlichen Verwaltung, die dem Publikum zugänglich sind, also in erster Linie Bereiche mit einem Schalterbetrieb. Aber auch in Verwaltungsgebäuden, in denen Bürgerinnen und Bürger auf Termin hin empfangen werden (z.B. Sozialdienste oder Gerichte), muss im allgemein zugänglichen Bereich eine Maske getragen werden. Schliesslich gilt die Maskentragpflicht auch für Innenräume, in denen Parlamente oder Gemeindeversammlungen tagen, sofern diese Innenräume auch für das Publikum zugänglich sind.

Es ist am jeweiligen Betreiber, festzulegen, welche Bereiche als Innenräume gelten, wenn dies aufgrund der Gegebenheiten nicht ganz klar ist, z.B. in halb geschlossenen Aussenbereichen von Einkaufsläden bzw. Garten- und Hobbymärkten, oder in Veranstaltungs- oder Museumseinrichtungen. Bei Bedarf erfolgt die Festlegung nach Rücksprache mit der zuständigen kantonalen Behörde. Im öffentlichen Verkehr gelten als Aussenräume z.B. sämtliche Perronanlagen (unterirdisch oder ebenerdig) und Haltestellen einschliesslich der zugehörigen Unter-/Überführungen, aber auch Bereiche wie Hallen und Ladenpassagen, die mindestens zweiseitig grossflächige Öffnungen aufweisen. Als Innenräume gelten demgegenüber geschlossene unterirdische Bahnhöfe (z.B. Tiefbahnhof Zürich einschliesslich der Zugangsbereiche; geschlossene Wartesäle) und Shoppingbereiche in Untergeschossen. Bei unklaren Verhältnissen ist die Zuordnung vom Betreiber in Absprache mit den Behörden einzuschätzen und entsprechend punkto Maskentragpflicht zu kennzeichnen (Kriterien: Grösse der Öffnungen, «Durchzug», sehr hohe Raumverhältnisse etc.).

Als Gesichtsmasken gelten, gleich wie bei Artikel 5 (Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs) Atemschutzmasken, Hygienemasken sowie auch Textilmasken, die eine hinreichende, Dritte schützende Wirkung entfalten. Schals oder andere unspezifische Textilien stellen keine Gesichtsmaske im Sinne der vorliegenden Bestimmung dar.

Absatz 2: Ausnahmen sind für folgende Personen vorgesehen:

- *Buchstabe a und b:* Kinder vor ihrem 12. Geburtstag sowie Personen, die nachweisen können, dass sie aus besonderen Gründen, insbesondere medizinischen, keine Gesichtsmasken tragen können (vgl. Art. 5 Abs. 1 Bst. a und b).
- *Buchstabe c:* Eine Ausnahme gilt auch in Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung. Das permanente Tragen von Masken in der Betreuung insbesondere von kleinen Kindern erscheint nicht als adäquat. Kinder unter 12 Jahren sind bereits durch die diesbezügliche generelle Ausnahmebestimmung ausgenommen. Auch für die weiteren Personen soll in den Kitas das Tragen von Masken gemäss den erstellten Schutzkonzepten erfolgen, also in besonderen Situationen oder aufgrund der einzelnen örtlichen Begebenheiten. Für Betreuungsfachpersonen ist das Tragen einer Gesichtsmaske durchaus denkbar, ist im Einzelnen aber im Schutzkonzept vorzusehen. Zu berücksichtigen ist, dass im Arbeitsbereich keine generelle Maskenpflicht mehr gilt (vgl. Art. 25); es ist Aufgabe des Arbeitgebers, situativ zu entscheiden, welche Schutzmassnahmen angezeigt sind. Es kann diesbezüglich auf die Empfehlungen des Verband Kinderbetreuung Schweiz (kibesuisse) zum Maskentragen hingewiesen werden. Auch Personen in Bildungseinrichtungen ausserhalb der obligatorischen Schule sowie Sekundarschule II müssen keine Gesichtsmaske tragen, sofern das Tragen einer Gesichtsmaske die Betreuung oder den Unterricht wesentlich erschwert (z.B. Logopädieunterricht).
- *Buchstabe d:* Wer als Patientin oder Patient bzw. als Kundin oder Kunde eine Dienstleistung im Gesichtsbereich, etwa einer Zahnärztin, eines Dentalhygienikers, oder einer Kosmetikerin in Anspruch nimmt, ist selbstverständlich ebenfalls von der Maskentragpflicht befreit. Es sind dabei seitens der Fachpersonen geeignete Schutzmassnahmen vorzusehen.
- *Buchstabe e:* Auftretende Personen, namentlich Rednerinnen und Redner, beispielsweise an Gemeindeversammlungen oder Tagungen. Auch Akteuren in Gottesdiensten und religiösen Feiern ist das Tragen einer Maske gegebenenfalls für bestimmte Handlungen teilweise nicht möglich; auch hier besteht eine Ausnahme von der Maskenpflicht.
- *Buchstabe f:* Diese Bestimmung hält weitere Bereiche fest, in welchen eine Ausnahme von der allgemeinen Maskenpflicht in Innenräumen gelten soll. Die Detailvorgaben finden sich in den jeweiligen Bestimmungen in den Bereichen Freizeit und Unterhaltung (z.B. auch in Diskotheken und Tanzlokalen; dort ist eine Zugangsbeschränkung auf Personen mit einem Zertifikat obligatorisch), Sport und Kultur, sowie für Restaurations-, Bar und Clubbetriebe sowie Veranstaltungen. Gäste in Restaurationsbetrieben, die an einem Tisch sitzen, müssen auch im Innenbereich keine Maske tragen. Wenn sich der Gast auf dem Weg zum Tisch befindet oder beispielsweise ein Buffet oder die Sanitärräume aufsucht, besteht jedoch die Maskentragpflicht.

Wie im öffentlichen Verkehr kann das Tragen der Gesichtsmaske kurzzeitig unterbrochen werden, ohne dass dies explizit normiert werden muss. So kann selbstverständlich die Konsumation eines Getränks oder anderen Lebensmittels ohne Maske erfolgen, dies aber nur für die für die Konsumation erforderliche Zeit. Gleiches gilt, wenn das gesamte Gesicht kurzzeitig zu Sicherheits- und Identifikationszwecken erkennbar sein muss (Banken, Eintrittskontrolle in Lokalen).

Absatz 3: Die Innenbereiche von Badeanstalten sind offen und dürfen nicht nur für Sport, sondern auch zum Baden als Vergnügen genutzt werden. Es gilt aber gestützt auf den Grundsatz in Absatz 1 überall im Innenbereich eine Maskenpflicht. Dies ist in Badeanstalten nicht umsetzbar. Es wird deshalb die Möglichkeit geschaffen, dass alle Badeanstalten (inkl. Thermalbäder und Aquaparks), aber auch Wellnesszentren, in ihren Schutzkonzepten für gewisse Teile des Innenbereichs, in denen es nicht möglich ist, eine Maske zu tragen, Ausnahmen von der Maskenpflicht vorsehen können. Z.B. im Badebereich ist eine Maskenpflicht wenig sinnvoll, insbesondere auch da eine nasse Maske keine Sicherheit bietet.

Absatz 4: Betreiber und Organisatoren von öffentlich zugänglichen Einrichtungen und Betrieben oder von Veranstaltungen mit einer Zertifikats-Zugangsbeschränkung sind dafür verantwortlich, dass die vor Ort tätigen Personen, insbesondere auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Kontakt haben zu Gästen, Kundinnen und Kunden oder Besucherinnen und Besuchern entweder alle selber über ein Zertifikat verfügen oder sonst alle in Innenbereichen eine Gesichtsmaske tragen müssen. Damit soll sichergestellt werden, dass z.B. an einer Veranstaltung mit Zertifikats-Zugangsbeschränkung das Infektionsrisiko durch alle Anwesenden so tief wie möglich gehalten wird.

Absatz 5 hält fest, dass sozialmedizinische Institutionen nach Rücksprache mit der zuständigen kantonalen Behörde in ihren Schutzkonzepten für die Bewohnerinnen und Bewohner Ausnahmen von der Maskenpflicht in den öffentlich zugänglichen Innenbereichen der Institutionen vorsehen können (im Aussenbereich gilt keine Maskenpflicht). Dies vor dem Hintergrund, dass in Alters- und Pflegeheimen mittlerweile ein Grossteil der Bewohnerinnen und Bewohner geimpft ist, was Erleichterungen im Alltag erlaubt.

Die Ausnahmen sollen für Bewohnerinnen und Bewohner gelten, die gegen Sars-CoV-2 in Folge einer Impfung (durchgeführt nach den Impfeempfehlungen des BAG für mRNA-Impfstoffe gegen Covid-19, ab dem Tag der zweiten Impfung) oder einer durchgemachten Infektion immunisiert sind (*Bst. a* und *b*). Die Dauer der Ausnahmen ist in Anhang 2 geregelt; dort wird gestützt auf Artikel 7 Absatz 2 auch die Dauer der Ausnahme betr. Kontaktquarantäne geregelt. Zudem regelt Anhang 2, welche Impfstoffe zu einer Ausnahme von der Maskenpflicht berechtigen (*Abs. 5*). Die Kompetenz zur Nachführung von Anhang 2 an die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse wird dem EDI übertragen, wobei die Eidgenössische Kommission für Impffragen anzuhören ist (vgl. Art. 29 Abs. 2). Zurzeit gilt auf Basis der verfügbaren Daten die Ausnahme für geimpfte Personen während zwölf Monaten ab vollständig erfolgter Impfung; für genesene Personen nach durchgemachter Infektion gilt sie – wie bei der Regelung der Ausnahme von der Kontaktquarantäne (Art. 7 Abs. 2 *Bst. b*) – während sechs Monaten.

Diese Aufhebung der Maskenpflicht erfolgt jedoch nicht automatisch, sondern muss im Schutzkonzept vorgesehen werden. Da bisher nur indirekte Daten zur Wirkung der Impfung auf die Virusübertragung vorliegen, wird empfohlen, dass geimpfte Personen weiterhin eine Maske tragen, wenn sie besonders gefährdete Personen treffen, die noch nicht geimpft sind.

Für die Umschreibung der sozialmedizinischen Institutionen kann auf die diesbezügliche Umschreibung im Rahmen der Regelung der Leistungserbringer zurückgegriffen werden, die Probenentnahmen und Analysen der molekularbiologischen Analysen auf Sars-CoV-2 durchführen können (vgl. Anhang 6 Ziff. 1.1.2 *Bst. a* der Covid-19-Verordnung 3). Demgemäss fallen darunter Institutionen, die Personen zur Behandlung und/oder Betreuung, zur Rehabilitation oder auch zur Ausübung einer beruflichen und sozialen Rehabilitation bzw. Beschäftigung aufnehmen. Darunter können u.a. fallen:

Altersheime, Institutionen für Personen mit Behinderungen oder für Kinder und Jugendliche, Einrichtungen für Suchthilfe, Institutionen für Personen, die sofortigen Schutz, Unterkunft und Beratung benötigen, Einrichtungen, die Berufsintegrationsmassnahmen für Suchtabhängige anbieten, Heime oder heimähnliche Einrichtungen

2.3 Kontaktquarantäne und Absonderung (Abschnitt 3.)

Artikel 7

Absatz 1 hält fest, welche Personen die zuständige kantonale Behörde unter Kontaktquarantäne stellt.

Als Quarantäne wird die Isolierung von krankheitsverdächtigen oder ansteckungsverdächtigen Personen bezeichnet (die Isolierung von Personen, die krank oder angesteckt sind oder Krankheitserreger ausscheiden als Absonderung, vgl. Art. 9). Die Quarantäne bzw. Absonderung darf nur dann angeordnet werden, wenn die ärztliche Überwachung nicht genügt. Damit wird im Gesetz festgehalten, dass diese Massnahme nur subsidiär zum Zuge kommt (Art. 35 Abs. 1 EpG).

Personen, die engen Kontakt hatten mit einer Person, deren Covid-19-Erkrankung bestätigt oder wahrscheinlich ist, gelten in den folgenden Situationen als krankheitsverdächtig oder ansteckungsverdächtig im Sinne von Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe a EpG:

- als die Person mit bestätigter oder wahrscheinlicher Covid-19-Erkrankung symptomatisch war: in den letzten 48 Stunden vor dem Auftreten der Symptome und bis zu 10 Tagen danach (*Bst. a*); oder
- als die Person mit bestätigter Covid-19-Erkrankung asymptomatisch war: in den letzten 48 Stunden vor der Probenentnahme, wenn der Test positiv ausfällt, und bis zur Absonderung der Person (*Bst. b*).

Ein enger Kontakt liegt nach bisheriger Praxis vor, wenn zwischen der Person, deren Covid-19-Erkrankung bestätigt oder wahrscheinlich ist, und einer anderen Person während mehr als 15 Minuten ein Kontakt von weniger als 1.5 Metern Abstand besteht, ohne dass geeignete Schutzmassnahmen ergriffen werden.

Massgebend sind somit drei Elemente: ein örtliches (weniger als 1.5 Metern Abstand), ein zeitliches (während mehr als 15 Minuten) und ein materielles Element (ohne geeignete Schutzmassnahmen).

Keine geeigneten Schutzmassnahmen liegen z.B. vor, wenn zwischen den Personen keine Trennwand besteht oder sie keine Gesichtsmaske tragen.

Beispielhaft können für die Qualifikation als «enger Kontakt» die folgenden Situationen erwähnt werden:

- Personen, die während mehr als 15 Minuten mit weniger als 1.5 Metern Abstand Kontakt zu einer Person haben, deren Covid-19-Erkrankung bestätigt oder wahrscheinlich ist;
- Pflege, medizinische Untersuchung oder Berufstätigkeit mit Körperkontakt, ohne Verwendung geeigneter Schutzmassnahmen;
- Pflege, medizinische Untersuchung oder Berufstätigkeit mit aerosolerzeugenden Aktivitäten, ohne Verwendung geeigneter Schutzmassnahmen, unabhängig von der Dauer der Exposition;

- Direkter Kontakt mit Atemwegssekreten oder Körperflüssigkeiten der Person, deren Covid-19-Erkrankung bestätigt oder wahrscheinlich ist, ohne Verwendung geeigneter Schutzmassnahmen;
- Im Flugzeug: bei Passagieren, die ohne Gesichtsmaske im Umkreis von zwei Sitzplätzen zu einer Person sassen, deren Covid-19-Erkrankung bestätigt oder wahrscheinlich ist.

Wenn die drei Voraussetzungen für einen engen Kontakt, d. h. geringer Abstand, längerer Zeitraum und Fehlen geeigneter Schutzmassnahmen, nur teilweise erfüllt sind, kann die Bewertung der Risikoparameter trotzdem auf eine Exposition mit hohem Risiko hindeuten. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn der Kontakt in einem geschlossenen und schlecht belüfteten Raum stattfand (z. B. Exposition mit einem hochsymptomatischen Covid-19-Fall ohne Maske während <15 Minuten, aber in einem Abstand von >1,5 Metern oder längere Exposition (>15 Minuten), mit einem Abstand von >1,5 Metern in einem geschlossenen Raum). Es ist Sache der zuständigen kantonalen Behörde zu entscheiden, ob eine solche Exposition im konkreten Fall als enger Kontakt im Sinne von Artikel 7 Absatz 1 zu werten ist und damit eine Quarantäne für die betroffene Person angezeigt ist.

Von der Kontaktquarantäne gibt es Ausnahmen. *Absatz 2* präzisiert Artikel 3a Covid-19-Gesetz und hält fest, welche Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen, damit geimpfte Personen von der Kontaktquarantäne ausgenommen sind. Die Regelung in *Buchstabe a* entspricht jener zur Ausnahme von der Maskenpflicht in Pflegeheimen (Art. 6 Abs. 5). Die Dauer der Ausnahme wird in Anhang 2 festgelegt (zwölf Monate ab vollständiger Impfung, also in der Schweiz nach der 2. Dosis; beim Impfstoff von Janssen erst ab dem 22. Tag nach der Impfung), ebenso die Impfstoffe, bei denen die Ausnahme zum Tragen kommt: vollständige Verimpfung mit einem in der Schweiz zugelassenen Impfstoff gemäss Empfehlungen des BAG bzw. mit einem von der Europäischen Arzneimittelagentur zugelassenen Impfstoff oder mit einem Impfstoff nach «WHO Emergency use listing», gemäss Impfeempfehlung des Staates, in dem die Impfung durchgeführt wird (Anhang 2 Ziff. 1.1). In welchem Staat die Impfung durchgeführt wird, spielt dabei keine Rolle. Nach *Buchstabe b* sind von der Kontaktquarantäne ausgenommen Personen, die innerhalb der letzten sechs Monate vor dem engen Kontakt mit einer der Personen nach Absatz 1 an Covid-19 erkrankt waren und als genesen gelten. Auch hier wird die Dauer der Ausnahme in Anhang 2 festgelegt (6 Monate ab dem 11. Tag nach der Bestätigung der Ansteckung). Eine solche Ausnahme ist gerechtfertigt, weil Personen, die an Sars-CoV-2 erkrankt waren, über eine gewisse Immunität verfügen, weshalb von ihnen ein geringes Infektionsrisiko ausgeht.

Ebenfalls von der Kontaktquarantäne ausgenommen sind in Analogie zu Absatz 4 für die Ausübung der beruflichen Tätigkeit und den Arbeitsweg, nicht aber für private Lebensbereiche, Personen, deren Tätigkeit für die Gesellschaft von grosser Bedeutung ist und wenn ein akuter Personalmangel vorliegt (*Bst. c*). Gemeint sind z.B. Personen, ohne die die Betreuung von Patientinnen und Patienten derart gefährdet ist, dass ihre Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist, oder Personen, ohne die wegen Personalmanagements die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Absatz 3 hält fest, dass Anhang 2 regelt, welche Personen im Sinne von Absatz 2 als geimpft gelten bzw. welche Impfstoffe für eine Ausnahme von der Quarantänepflicht qualifizieren (vgl. Art. 6 Abs. 6).

Absatz 4 hält fest, dass in Betrieben, in denen das Personal entsprechend der Teststrategie des Bundes gezielt und repetitiv getestet wird, die Mitarbeitenden für die Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit nicht unter Quarantäne gestellt werden, wenn sie mit

einer erkrankten oder positiv getesteten Person – im Betrieb oder ausserhalb – engen Kontakt hatten. Diese Erleichterung erfolgt im Zusammenhang mit der aktuellen Teststrategie, welche vorsieht, schweizweit möglichst viele Tests durchzuführen. Durch das breite und repetitive Testen in Betrieben können Ansteckungsfälle sehr früh erkannt werden, wodurch eine weitere Ausbreitung auch unter den Mitarbeitenden verhindert werden kann. Die Teilnahme an solchen Tests ist freiwillig; vorbehalten bleiben besondere Konstellationen, in denen eine Testpflicht des Arbeitgebers gemäss Arbeitsgesetzgebung zulässig ist. Im Rahmen einer Güterabwägung mit den wirtschaftlichen Folgen von Quarantäneanordnungen kann das trotz häufigem Testen verbleibende Restrisiko von Ansteckungen in Kauf genommen werden. Es ist nicht erforderlich, dass sich ein bestimmter Mindestanteil der Mitarbeitenden testen lässt. Auch ist die Ausnahme von der Quarantänepflicht nicht davon abhängig, ob die bzw. der betroffene Mitarbeitende bei den regelmässigen Tests mitmacht. Hingegen ist es im Interesse des Arbeitgebers, dass sich ein hinreichender Anteil der Mitarbeitenden bei den regelmässigen Tests mitmacht, weil nur so das Risiko eines grösseren Ausbruchs vermieden werden kann. Die einzelnen Voraussetzungen zum Testregime sind in den Buchstaben a–c festgehalten:

- Gemäss *Buchstabe a* gilt die Erleichterung nur für Betriebe, die über ein Konzept verfügen, das den Mitarbeitenden einen einfachen Zugang zu Tests vor Ort gewährt und vorsieht, dass sie regelmässig über die Vorteile der Tests informiert werden; es genügt nicht, einzig beim Eingang die Testkits bereitzustellen. Die regelmässigen Informationen können beispielsweise im Rahmen von Rundmails oder mittels schriftlichen oder mündlichen Informationen geschehen.
- Gemäss *Buchstabe b* müssen sich die Mitarbeitenden mindestens einmal pro Woche testen lassen können.
- Gemäss *Buchstabe c* müssen die Voraussetzungen für die Kostenübernahme durch den Bund erfüllt sein. Die Regelung der Kostenübernahme beinhaltet ein Meldesystem der betroffenen Firmen; dieses bietet Gewähr dafür, dass die Tests korrekt und in Kenntnis der zuständigen kantonalen Behörden durchgeführt werden.

Gemäss *Absatz 5* gilt die Quarantänebefreiung nach *Absatz 4* nur für die berufliche Tätigkeit und den Arbeitsweg; im privaten Leben müssen die Mitarbeitenden die Quarantänevorgaben einhalten und Kontakte vermeiden. Grund hierfür ist, dass am Arbeitsplatz strengere Vorgaben nach dem STOP-Prinzip gelten (vgl. Art. 25), was im privaten Bereich nicht der Fall ist. Es ist davon auszugehen, dass die Kantone den Betrieben, in denen die Vorgaben nach Artikel 25 nicht strikt eingehalten werden können, gestützt auf *Absatz 6 Buchstabe b* die Ausnahme von der Quarantänepflicht nicht gewähren werden. Weil die Schnelltests nur eine Sensitivität von etwa 80 Prozent aufweisen, werden nicht alle Fälle entdeckt; im privaten Bereich, in dem die Einhaltung der Schutzmassnahmen nicht gewährleistet ist, muss die Quarantäne deshalb weiterhin gelten.

Kommt es in einem Betrieb zu zwei oder mehr positiven Fällen, ist die zuständige kantonale Stelle dafür verantwortlich, die Fälle zu untersuchen und im Falle des Verdachts, dass es im Betrieb zu Ansteckungen gekommen ist, allfällige Massnahmen zur Ausbruchsbekämpfung anzuordnen, wie beispielsweise zusätzliche Tests oder Quarantänen.

Absatz 6 sieht vor, dass die Kantone in begründeten Fällen weitere Ausnahmen oder Erleichterungen von der Kontaktquarantäne für bestimmte Personen oder Personenkategorien gewähren können (*Bst. a*).

Hinzu kommt ausdrücklich die Möglichkeit, dass die Kantone auch in weiteren Fällen als jenen nach Absatz 1 oder trotz Erfüllung der Voraussetzungen nach den Absätzen 2 und 4 Quarantänen anordnen können (*Bst. b*). Namentlich in Fällen von Personen mit variants of concern (VOC) kann es erforderlich sein, dass bspw. trotz einer Genesung oder Impfung eine Quarantäne erforderlich ist. Ebenfalls denkbar ist eine Quarantäneanordnung in Betrieben, die Tests nach Absatz 4 durchführen, wenn bei diesen Tests positive Ergebnisse gemeldet werden.

Gemäss *Absatz 7* müssen die Kantone das BAG über Erleichterungen oder ein strengeres Vorgehen gegenüber bestimmten Personenkategorien nach Absatz 6 informieren.

Artikel 8

Absatz 1 hält fest, dass die Kontaktquarantäne grundsätzlich 10 Tage dauert mit Beginn ab dem Tag des letzten engen Kontakts mit einer Person, deren Ansteckung mit Sars-CoV-2 bestätigt oder wahrscheinlich ist.

Die Test- und Freigabe-Strategie wird mit Testung am Tag 7 umgesetzt (vgl. oben Ziffer 1): Die Kontaktpersonen gehen für 10 Tage ab dem letzten Kontakt mit der infizierten Person oder ab dem Tag, an dem die erkrankte Person isoliert wurde, in Quarantäne. Die Quarantäne wird aufgehoben, wenn die betroffene Person ab dem 7. Tag nach dem letzten Kontakt einen Antigen-Schnelltest oder PCR-Test durchführt und dieser ein negatives Resultat anzeigt. Um das bestehende Restrisiko einer Ansteckung zu begrenzen, muss die betroffene Person bis zum eigentlichen Ablauf der Quarantäne, d.h. in den an den Test anschliessenden drei Tagen Schutzmassnahmen treffen.

Ausschlaggebend für die Wahl dieser Variante war, dass sie gemäss der Swiss National COVID-19 Science Task Force im Vergleich zum heutigen System ein geringes Risiko für zusätzliche Neuinfektionen beinhaltet. Da sich bereits heute viele Personen nach einem Kontakt mit einer infizierten Person testen lassen, dürfte dieses System zudem die kantonalen Testkapazitäten nur geringfügig stärker belasten.

In Übereinstimmung mit den Entscheiden zur Test- und Freigabe-Strategie können sich nach *Absatz 2* Personen in Kontaktquarantäne ab dem siebten Tag mit einem PCR-Test oder einem Antigen-Schnelltest auf Sars-CoV-2 testen lassen. Fällt das Ergebnis des Tests negativ aus, können sie die Kontaktquarantäne beenden, wenn die zuständige kantonale Behörde dem zustimmt. Um das Risiko einer allfälligen Übertragung von Sars-CoV-2 weiter zu minimieren, müssen sie nach *Absatz 3* bis zum eigentlichen Ablauf der 10-tägigen Quarantäne immer eine Gesichtsmaske tragen und den Minimalabstand von 1,5 Metern zu anderen Personen einhalten, ausgenommen in ihrer Wohnung oder ihrer Unterkunft (bspw. Hotel, Ferienwohnung etc.). Die zuständigen kantonalen Behörden können Ausnahmen vorsehen.

Die Beendigung der Quarantäne liegt also nicht im Ermessen der getesteten Person; es braucht dafür vielmehr einen Entscheid der zuständigen kantonalen Behörde. Die Person in Quarantäne kann aber selber entscheiden, ob sie sich mit einem PCR-Test oder einem Antigen-Schnelltest auf Sars-CoV-2 testen lassen will. Die Kosten für die Testung werden entsprechend der am 12. März 2021 vom Bundesrat beschlossenen neuen Teststrategie vom Bund übernommen. Weil das Resultat eines Antigen-Schnelltests rascher verfügbar ist, dürfte ein solcher in diesen Fällen häufiger zur Anwendung kommen.

Der Vorteil eines PCR-Tests liegt darin, dass sein Resultat in der Regel verlässlicher ausfällt als dasjenige eines Antigen-Schnelltests.

Mit Blick auf die Lohnfortzahlung für Arbeitnehmende während der Quarantäne ist festzuhalten, dass sich die Frage der Arbeitsfähigkeit nach den Vorgaben des OR (SR 220; vgl. insb. Art. 324 und 324a) richtet. Die Frage des Anspruchs auf Erwerbsausfallsentschädigung richtet sich nach den Vorgaben der Covid-19-Verordnung Erwerbsausfall (SR 830.31).

Artikel 9

Nach *Absatz 1* ordnet die zuständige kantonale Behörde bei Personen, die an Covid-19 erkrankt oder sich mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 angesteckt haben, eine Absonderung von 10 Tagen an. Die Dauer von 10 Tagen ist der Standard; wie lange eine Absonderung dauern soll, hängt aber von mehreren Faktoren ab, so namentlich von der Schwere der Symptome oder dem Grad der Immunsuppression. In Abhängigkeit von diesen Faktoren, d.h. wenn die Person besonders schwere Symptome zeigt oder stark immunsupprimiert ist, kann der Kanton somit eine längere Dauer der Absonderung anordnen (*Abs. 2*).

Wie bei der Kontaktquarantäne soll auch bei der Absonderung deren Beginn festgelegt werden. Nach *Absatz 3* beginnt die Absonderungsdauer zu laufen am Tag des Auftretens von Symptomen (*Bst. a*), sofern die erkrankte oder mit Sars-CoV-2 angesteckte Person asymptomatisch ist: am Tag der Durchführung des Tests (*Bst. b*).

Nach Artikel 31 Absatz 4 EpG dürfen die Massnahmen nach den Artikeln 33-38 EpG nur so lange dauern, wie es notwendig ist, um die Verbreitung einer übertragbaren Krankheit zu verhindern und um eine ernsthafte Gefahr für die Gesundheit Dritter abzuwenden. Sie sind regelmässig zu überprüfen. Bezogen auf die Absonderung heisst das: Die zuständige kantonale Behörde hebt die Absonderung nach *Absatz 4* frühestens nach 10 Tagen auf, wenn die abgesonderte Person während mindestens 48 Stunden symptomfrei ist (*Bst. a*) oder zwar immer noch Symptome aufweist, diese aber derart sind, dass die Aufrechterhaltung der Absonderung nicht mehr gerechtfertigt ist (*Bst. b*).

Der Entscheid über ein Ende der Absonderung liegt wiederum bei der zuständigen kantonalen Behörde. Die isolierte Person darf die Absonderung somit nicht von sich aus aufheben. Das ist schon nur deshalb angezeigt, weil die isolierte Person selber nicht zuverlässig beurteilen kann, ob sie symptomfrei ist.

Wer sich einer angeordneten Quarantäne oder Absonderung entzieht, begeht nach Artikel 83 EpG eine Übertretung, die mit Busse (maximal 10'000 Franken) bestraft wird (Art. 83 Abs. 1 Bst. h EpG), bei Fahrlässigkeit mit Busse bis zu 5'000 Franken. Zuständig für die Strafverfolgung sind die Kantone (vgl. Art. 84 Abs. 1 EpG).

2.4 Massnahmen betreffend öffentlich zugängliche Einrichtungen und Betriebe sowie Veranstaltungen (4. Abschnitt)

Artikel 10

Die Pflicht zur Erarbeitung und Umsetzung eines Schutzkonzepts obliegt gemäss *Absatz 1* den einzelnen Betreibern sämtlicher öffentlich zugänglicher Einrichtungen, inklusive Bildungseinrichtungen, bzw. den Organisatoren von Veranstaltungen. Ohne ein umsetzungsbereites Schutzkonzept darf die Einrichtung der Öffentlichkeit nicht offenstehen bzw. darf die Veranstaltung nicht durchgeführt werden. Die Schutzkonzepte müssen die in den Verkaufs-, Dienstleistungs- oder Bildungsortlichkeiten oder am Veranstaltungsort anwesenden Personen einschliessen, so die Kundinnen und Kunden,

Gäste, Besucherinnen und Besucher sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Auch die Personen, die in der Einrichtung bzw. an der Veranstaltung tätig sind, sind einzuschliessen; bezüglich der Arbeitnehmenden gilt die Spezialregel, dass hierfür die Vorgaben von Artikel 25 gelten; diese sind auf die Massnahmen im Schutzkonzept abzustimmen (vgl. Anhang 1 Ziff. 1.1.2, Abs. 2).

Wird bei Personen über 16 Jahren der Zugang nicht auf Personen mit einem Zertifikat eingeschränkt, so müssen die Schutzkonzepte gemäss *Absatz 2 Buchstabe a* Massnahmen betreffend Hygiene und Abstand vorsehen und aufzeigen, welche der unterschiedlichen zur Verfügung stehenden Schutzmassnahmen im Einzelnen vor Ort zum Einsatz kommen. Dazu gehören beispielsweise die Gestaltung des Anmelde- und Eingangsbereichs zur Gewährleistung der Abstandsregeln oder eine allfällige Beschränkung genutzter Dienstleistungsplätze und der Anzahl anwesender Personen, die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln, die Periodizität der Reinigung und Desinfektion der Räumlichkeiten, Einrichtungen und Gegenstände.

Gemäss *Absatz 2 Buchstabe b* muss der Betreiber in seinen Schutzkonzepten Massnahmen vorsehen, welche die Einhaltung der Maskentragpflicht gemäss Artikel 6 gewährleisten, z.B. der Situation angepasste Kontrollen, adäquate Informationstafeln, Aufmerksamkeit des Personals im Zugangsbereich etc. Personen, die sich trotz Hinweisen und Ermahnungen nicht an die Maskentragpflicht halten, sind wegzuweisen.

Absatz 2 Buchstabe c: Wenn gemäss den Vorgaben dieser Verordnung in Innenräumen weder eine Gesichtsmaske getragen noch der erforderliche Abstand eingehalten werden muss und keine wirksamen Schutzmassnahmen wie das Anbringen geeigneter Abschränkungen ergriffen werden, ist vorzusehen, dass die Kontaktdaten der anwesenden Personen nach Artikel 11 erfasst werden nach den Vorgaben in Anhang 1 Ziffer 1.4. Die Erhebung von Kontaktdaten dient dem Contact Tracing (Art. 33 EpG), verhindert vor Ort keine Übertragungen und soll deshalb nicht prioritär zur Anwendung gelangen. Die vorgesehene Priorisierung der Massnahmen ergibt sich sowohl aus epidemiologischer Sicht (Ansteckungen sollen nach wie vor verhindert werden; «Vorbeugen ist besser als Heilen» gilt auch hier, weshalb es besser ist, Abstand zu halten, als nachträglich ein Contact Tracing durchführen zu müssen), als auch aus rechtlicher Sicht (das Datenschutzrecht folgt dem Verhältnismässigkeitsprinzip: Wenn dank anderer Massnahmen auf die Bearbeitung von Personendaten verzichtet werden kann, dann soll dies auch gemacht werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Falle der Infektion einer Teilnehmerin oder eines Teilnehmers einer Veranstaltung nicht nur die vor Ort erhobenen Daten bearbeitet werden müssen, sondern auch Daten all jener Personen, die mit den Teilnehmenden ausserhalb der Veranstaltung in engem Kontakt waren). Die Erhebung von Kontaktdaten soll deshalb nur dann zur Anwendung kommen, wenn weder die Einhaltung des Abstands noch die Ergreifung von Schutzmassnahmen möglich sind. Im Schutzkonzept ist deshalb der Grund für die Wahl dieses Vorgehens auszuweisen (vgl. Anhang 1 Ziff. 1.1.3). Es gilt aber auch, dass sobald die Situation, in der die grundsätzlich geltende Abstandsregel nicht gewährleistet werden kann, beendet ist (nach Verlassen eines Veranstaltungsraums, Beginn der Pause, Ein- und Ausgangsbereich), die Abstandsregel wenn immer möglich wieder vollumfänglich umzusetzen ist.

Betreffend Schutzkonzepte für Anstalten des Freiheitsentzugs (Gefängnisse, Justizvollzugsanstalten) wird empfohlen, diese an den einschlägigen Empfehlungen von internationalen Organisationen auszurichten, namentlich an den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Europarats.

Wird bei Personen über 16 Jahren der Zugang auf Personen mit einem Zertifikat ein-

geschränkt, so muss das Schutzkonzept Massnahmen zur Hygiene und zur Umsetzung der Zugangsbeschränkung enthalten (*Abs. 3*).

Gemäss *Absatz 4* werden die Vorgaben zu den Schutzkonzepten in Anhang 1 näher ausgeführt. Es kann an dieser Stelle auf die Erläuterungen zum Anhang verwiesen werden. Die Kompetenz zur Nachführung des Anhangs wird dem Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) übertragen (vgl. Art. 29), welches die Nachführungen im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) vornimmt, entsprechend dem aktuellen Stand der Wissenschaften.

Die Ausgestaltung der Schutzkonzepte im Rahmen der rechtlichen Vorgaben liegt in der Eigenverantwortung von Betreibern von Einrichtungen und Organisatoren von Veranstaltungen. Die Vorgaben der Verordnung sind in den einzelnen Schutzkonzepten an die konkreten Verhältnisse vor Ort anzupassen. Dabei ist es sinnvoll, wenn Branchen- und Berufsverbände branchen- oder bereichsbezogene Grobkonzepte erarbeiten, auf die sich die einzelnen Betreiber und Organisatoren abstützen können.

Absatz 5 hält fest, dass im Schutzkonzept eine Person bezeichnet werden muss, die für die Umsetzung des Konzepts und für den Kontakt mit den zuständigen Behörden verantwortlich ist. Dies erleichtert den zuständigen kantonalen Behörden die Umsetzung ihrer Kontroll- und Vollzugsaufgaben (vgl. Art. 24).

Artikel 11

Absatz 1: Zum Zweck eines effizienten Contact Tracings ist es notwendig, dass die Kontaktdaten von Personen, die sich in einer Einrichtung oder an einer Veranstaltung in epidemiologisch relevanter Weise genähert haben, bei Bedarf für die zuständigen kantonalen Behörden verfügbar sind.

Mit Blick auf das Contact Tracing ist festzuhalten, dass dieses – im Verhältnis zu anderen Massnahmen – erst als letzte Möglichkeit in Betracht zu ziehen ist (vgl. die Erläuterungen zu Art. 10 Abs. 2 Bst. d).

Die Teilnehmenden und Besucherinnen und Besucher müssen in jedem Falle vorgängig über die Datenerhebung und -verwendung informiert werden (*Abs. 1*). Von Familien und anderen untereinander bekannten Gruppen ist in der Regel lediglich die Erhebung der Daten einer Person notwendig (vgl. Anhang 1 Ziff. 1.4.6). Liegen die Daten bereits vor (insb. bei Bildungseinrichtungen oder privaten Anlässen), müssen die betroffenen Personen zumindest darüber informiert werden, dass sie gegebenenfalls für ein Contact Tracing verwendet werden. Die einzelnen zu erhebenden Daten sind in Anhang 1 unter Ziffer 1.4.4 festgelegt. Bei der Erhebung ist darauf zu achten, dass die Vertraulichkeit der Personendaten gewährleistet ist (vgl. Anhang 1 Ziff. 1.4.7).

Festgelegt ist zudem die Verpflichtung des Organistors und des Betreibers, die Kontaktdaten zwecks Identifizierung und Benachrichtigung ansteckungsverdächtiger Personen der zuständigen kantonalen Stelle weiterzuleiten; dies darf einzig auf deren Anfrage hin erfolgen, muss dann aber unverzüglich geschehen (*Abs. 2*). Die Kontaktdaten müssen *in elektronischer Form* weitergeleitet werden. Es ist deshalb sinnvoll, wenn die Betreiber die Kontaktdaten der Gäste mittels digitaler Systeme erheben (mittels Reservationssystem oder Einträge vor Ort). Dabei ist sicherzustellen, dass der Datenschutz gewährleistet bleibt.

Schliesslich wird explizit festgehalten, dass die eigens zu den genannten epidemiologischen Zwecken bestimmten Daten nicht zu weiteren Zwecken, etwa zu Marketingzwecken, verwendet werden dürfen (*Abs. 3*). Sie dürfen deshalb nur 14 Tage lang

aufbewahrt und müssen anschliessend sofort gelöscht werden. Ausgenommen sind diejenigen Kontaktangaben, die aus Reservationssystemen oder Mitgliederlisten stammen und in deren bestimmungsgemässen Gebrauch die jeweiligen Personen explizit eingewilligt haben. Im Übrigen gelten die Datenschutzbestimmungen gemäss Datenschutzgesetz (SR 235.1).

Artikel 12

Absatz 1 Buchstabe a: In Innenbereichen von Restaurations-, Bar- und Clubbetriebe, in denen die Konsumation vor Ort erfolgt, gilt Folgendes:

- *Ziff. 1:* Zwischen den Gästegruppen muss entweder der erforderliche Abstand von 1.5m eingehalten oder es müssen wirksame Abschränkungen, das heisst grossflächige Trennwände oder ähnliches, angebracht werden. Bei der Abstandsmessung ist in seitlicher Richtung der Abstand von Schulter zu Schulter massgebend, nach hinten ist es der Abstand von Tischkante zu Tischkante.
- *Ziff. 2:* Für die Gäste gilt eine Sitzpflicht, namentlich dürfen Speisen und Getränke nur sitzend konsumiert werden.
- *Ziff. 3:* Die Gäste müssen keine Gesichtsmaske tragen, wenn sie an ihrem Tisch sitzen. Wenn sich der Gast jedoch auf dem Weg zum Tisch befindet oder beispielsweise ein Buffet oder die Sanitärräume aufsucht, besteht die Maskentragpflicht.
- *Ziff. 4:* Schliesslich hat der Betreiber die Kontaktdaten einer Person pro Gästegruppe zu erheben. Restaurantsbesuche finden meistens ins Gästegruppen statt. Deren Grösse wird durch die Verordnung nicht eingeschränkt. Angesichts der Sitzpflicht nach Ziffer 2 und der Erhebung der Kontaktdaten inklusive Tischnummer sind eingenommene Sitzplätze zu bewahren; der Wechsel von einem Platz zum anderen ist zu vermeiden.

Absatz 1 Buchstabe b: In Aussenbereichen ist eine Konsumation im Stehen möglich und die Grösse der Gästegruppe ist nicht begrenzt. Da im Aussenbereich keine Gesichtsmasken getragen werden müssen, ist zwischen den Gästegruppen der erforderliche Abstand einzuhalten oder sind wirksame Abschränkungen anzubringen. Durch geeignete Massnahmen muss zudem das Mischen von Gästegruppen verhindert werden, zum Beispiel indem eine Gästegruppe einem Tisch oder einem Bereich zugeordnet wird. Dadurch soll verhindert werden, dass in einem Krankheitsfall alle Gäste des Aussenbereichs in Kontaktquarantäne gehen müssen respektive das Contact Tracing massiv belastet wird. Als Aussenbereich gelten Terrassen und weitere Bereiche ausserhalb eines Gebäudes, die genügend offen gestaltet sind, damit ein gleicher Luftaustausch wie im Freien gewährleistet ist. So dürfen bei überdachten Aussenbereichen auf mindestens der Hälfte der Seiten (= mind. Hälfte der Anzahl Seiten und zugleich mind. Hälfte der Länge aller Seiten) der Aussenanlage keine Wände (Mauerwerk, Holz oder Glas) oder wandähnliche Abtrennungen (Plastikfolien, Blachen, dichter Pflanzenbewuchs o.ä.) vorhanden sein; sind zu mehr als der Hälfte der Seiten Abschränkungen vorhanden, darf keine Überdachung vorhanden sein (einzelne Sonnenschirme gelten nicht als Überdachung; eine umfassende Abdeckung durch Sonnenschutz hingegen schon). Bei der Öffnung nur von Türen oder Zwischenräumen an einzelnen Seiten kann nicht von einer offenen Seite ausgegangen werden. Die verantwortlichen Betreiber stehen hier in der Pflicht, die vor Ort korrekte Lösung zu treffen.

Wird in einem Restaurationsbetrieb eine Veranstaltung durchgeführt (z.B. ein Konzert oder ein Public Viewing), gelten zusätzlich die Vorgaben für Veranstaltungen (vgl. Art.

14 ff.).

Absatz 2: Sieht ein Betrieb eine Zugangsbeschränkung für Personen ab 16 Jahren nur mit Zertifikat vor, dann sollen keine Einschränkungen gelten, d.h. es kann z.B. auch im Innenbereich stehend konsumiert werden und es muss keine Gesichtsmaske getragen werden. Es braucht ein Schutzkonzept nach Artikel 10 Absatz 3.

Absatz 3: Von den Bestimmungen nach Absatz 2 ausgenommen sind Betriebskantinen. Für sie gilt Folgendes:

Es gilt eine Sitzpflicht für die Konsumation im Restaurationsbereich (*Bst. a*). In Innenbereichen muss der erforderliche Abstand zwischen allen Gästen eingehalten werden (*Bst. b*). Die Beschränkung, wonach in Betriebskantinen ausschliesslich im betreffenden Betrieb arbeitende Personen und in Kantinen der obligatorischen Schulen ausschliesslich Schülerinnen und Schüler und Lehrpersonen verköstigt werden dürfen (*Bst. c*), hängt damit zusammen, dass ein Contact-Tracing hier möglich ist, weil sich die Leute kennen. Kommen Auswärtige dazu, ist dies nicht mehr gewährleistet.

Absatz 4: Für Diskotheken und Tanzlokale gilt einzig Artikel 13.

Artikel 13

Diskotheken und Tanzlokale dürfen lediglich dann öffnen, wenn sie den Zugang bei Personen ab 16 Jahren auf Personen mit einem Zertifikat beschränken (*Abs. 1*). Dies entspricht dem Beschluss des Bundesrats vom 19. Mai 2021, in dem er die Stossrichtung der Anwendung des Covid-19-Zertifikats beschlossen hat und Diskotheken und Tanzlokale dem roten Bereich zuordnet, in welchem die Anwendung des Zertifikats obligatorisch ist.

In öffentlich zugänglichen Betrieben und Einrichtungen in den Bereichen Kultur, Unterhaltung, Freizeit und Sport, in denen der Zugang bei Personen ab 16 Jahren auf Personen mit einem Zertifikat beschränkt ist, gelten weder die Pflicht zum Tragen einer Gesichtsmaske noch Kapazitätsbeschränkungen (*Abs. 2*). Wird der Zugang nicht beschränkt, kommen die allgemeinen Vorgaben zur Anwendung. In Innenbereichen gilt neben den üblichen Hygiene- und Abstandsvorgaben eine Maskentragpflicht, weshalb auch nur in Restaurationsbetrieben konsumiert werden darf. Picknicks von Besucherinnen und Besuchern sind demnach in Innenräumen nicht erlaubt. Wie im öffentlichen Verkehr ist es aber zulässig, die Maske für die Einnahme eines Snacks kurz zu entfernen. Für Veranstaltungen kommen die Veranstaltungsvorgaben nach den Artikeln 14ff. zur Anwendung.

Artikel 14

Als eine Veranstaltung im Sinne dieser Bestimmung gilt ein zeitlich begrenzter, in einem definierten Raum oder Perimeter stattfindender und geplanter öffentlicher oder privater Anlass. Dieser Anlass hat in aller Regel einen definierten Zweck und eine Programmfolge mit thematischer, inhaltlicher Bindung. Zudem ist davon auszugehen, dass es im Rahmen einer Veranstaltung zumeist eine Darbietung vor Zuschauerinnen und Zuschauern gibt bzw. sich die Besucherinnen und Besucher während längerer Zeit am gleichen Ort aufhalten, oder aber z.B. Teilnehmende sich aktiv beteiligen. Nicht als Veranstaltung gilt der übliche Betrieb von Bibliotheken und Archiven. Ebenfalls nicht als Veranstaltung gelten Blutspendeaktionen. Auch für die genannten Einrichtungen bzw. Aktivitäten besteht für die Betreiber jedoch die Pflicht zur Erarbeitung

und Umsetzung eines Schutzkonzepts, gleich wie für Organisatoren von Veranstaltungen (vgl. Art. 10 Abs. 1). Mit Einkaufseinrichtungen und Märkten vergleichbare Anlässe, etwa Messen oder Gewerbeausstellungen oder Jahrmärkte, sind in der Regel nicht als Veranstaltungen zu qualifizieren. Diesfalls bewegen sich die Besucherinnen und Besucher vergleichsweise regelmässig und nicht massiert durch die Stände (ähnlich wie bei Einkaufsläden durch die Regale). Da sie üblicherweise auf einem einfach umgrenzbaren Areal stattfinden, ist dieses als Aussenbereich eines öffentlich zugänglichen Betriebs oder einer öffentlich zugänglichen Einrichtung zu qualifizieren. Entsprechend gilt für den Organisator oder Betreiber die Pflicht zur Erarbeitung und Umsetzung eines Schutzkonzepts (Art. 10), das die Vorgaben gemäss Anhang 1 dieser Verordnung berücksichtigt. Dieser hält u.a. fest, dass die Besucherströme so geregelt werden müssen, dass die Einhaltung des Abstands zwischen allen Personen ermöglicht wird (Ziff. 1.3.4 von Anhang 1). Stände an Jahrmärkten dürfen (wie Takeaway-Betriebe) Speisen und Getränke abgeben. Das Schutzkonzept des Veranstalters des Jahrmarktes bzw. des Betreibers des Parks muss sich dazu äussern, nach welchen Schutzvorschriften die Konsumation auf dem Areal des Jahrmarktes/Luna Parks erfolgt. Finden im Rahmen z.B. eines Jahrmarktes einzelne Veranstaltungen statt, gelten für diese anlassinternen Veranstaltungen die üblichen Vorgaben zu Veranstaltungen. Die jeweiligen Veranstalter haben ein eigenes Schutzkonzept zu erarbeiten und umzusetzen. Letzteres gilt ebenfalls für die einzelnen Betreiber von Bahnen. Hat der Gesamtanlass als solcher im Einzelfall hauptgewichtig Veranstaltungscharakter, d.h. steht der Fest- bzw. Eventcharakter im Vordergrund und kommt es regelmässig zu «stationärem» bzw. massierten Besucheraufkommen bei einzelnen Attraktivitäten oder auf einem bestimmten Gelände, so sind die einschlägigen Verordnungsbestimmungen auch auf den Gesamtanlass anwendbar. Es ist Aufgabe der zuständigen kantonalen Stellen zu entscheiden, ob letztlich eine Veranstaltung vorliegt oder nicht. Veranstaltungen müssen auf einem abgrenzbaren Areal stattfinden, damit die geltenden Beschränkungen (ohne Zertifikats-Zugangsbeschränkung die Maximalanzahl an Personen, bei Zertifikatsveranstaltungen u.a. die Kontrolle der Zertifikate) wirksam kontrolliert werden können. Ein Stadtfest, d.h. eine Veranstaltung, die – ohne Absperrung – in Strassen und Gassen stattfindet, ist bei einer Qualifizierung als Veranstaltung nicht zulässig.

Auch Gottesdienste und andere religiöse Anlässe gelten als Veranstaltungen und unterliegen den Vorgaben von Artikel 14. Gottesdienste in Kirchen oder anderen Innenräumen dürfen somit mit bis zu 1000 Personen durchgeführt werden, wenn die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sitzen (der kurze geordnete Gang zum Abendmahl und das Aufstehen zum Gebet ändern daran nichts). Der Raum, in welchem der Gottesdienst bzw. die religiöse Veranstaltung stattfindet, darf höchstens zu zwei Dritteln seiner Kapazität besetzt werden. Es besteht eine Maskentragpflicht im Innenraum (kurzes Entfernen der Maske, bspw. für das Abendmahl, zulässig); wobei die Ausnahmen nach Artikel 6 Absatz 2 Buchstaben a, b und e gelten. Insbesondere unterliegen auftretende Personen (Pfarrpersonen, Rabbi, Imam, weitere Redner und Rednerinnen, Chorsängerinnen und –sänger etc.) während des Auftritts keiner Maskenpflicht.

Veranstaltungen mit mehr als 1000 Personen (Grossveranstaltungen) bedürfen einer kantonalen Bewilligung und sind nur mit einer Zertifikat-Zugangsbeschränkung zulässig (vgl. Art. 15). Veranstaltungen mit weniger als 1000 Personen benötigen keine Bewilligung des Kantons, zudem können die Organisatoren entscheiden, ob der Zugang auf Personen mit gültigem Zertifikat eingeschränkt werden soll oder nicht.

Absatz 1: Wird der Zugang nicht auf Personen mit gültigem Zertifikat eingeschränkt,

dürfen maximal 1000 Personen anwesend sein, seien es Besucherinnen und Besucher oder Teilnehmende (*Bst. a*). Die an solchen Veranstaltungen auftretenden und teilnehmenden Personen (z.B. Fussballteam, Läuferinnen und Läufer, professionelle Theatertruppe, Personen auf dem Podium bei Podiumsdiskussion, etc.), werden mitgezählt. Nicht mitgezählt werden dahingegen analog den Vorgaben bei Grossveranstaltungen die Mitarbeitenden des Organisers bzw. entsprechender Subunternehmer sowie die freiwilligen Helferinnen und Helfer. Gilt für die Besucherinnen und Besucher eine Sitzpflicht, können bis zu 1000 Besucherinnen und Besucher eingelassen werden (dies z.B. in einem grossen Kino, wenn es die Kapazitätsbeschränkung auf zwei Drittel erlaubt). An einem Konzert mit Bestuhlung für das Publikum können, wenn die Zahl der Musikerinnen und Musiker sowie der mitwirkenden Personen 100 beträgt, somit noch 900 Besucherinnen und Besucher anwesend sein, wenn der Raum gross genug ist (*Ziff. 1*). Wenn jedoch an einem Anlass Stehplätze zur Verfügung stehen oder das Publikum sich frei bewegen kann, dürfen in Innenräumen höchstens 250 Besucherinnen und Besucher (z.B. Hochzeitsfest in einem gemieteten Saal) und draussen höchstens 500 Besucherinnen und Besucher eingelassen werden (z.B. an einer 1. August-Veranstaltung, an der keine Sitzpflicht vorgesehen ist).

Für die Konsumation bestehen keine spezifischen Vorgaben. Sind Restaurationsbetriebe vor Ort, gelten die üblichen Regeln für diese Betriebe. Ansonsten müssen die Organisatoren einer Veranstaltung ein Schutzkonzept gemäss Artikel 10 erstellen, darin festlegen, wie die Hygiene- und Abstandsregeln eingehalten werden und auch, nach welchen Schutzvorschriften die Konsumation erfolgt. In Innenräumen ist die Konsumation nur entweder in Restaurationsbetrieben oder am Sitzplatz erlaubt, wobei bei Konsumation am Sitzplatz ausserhalb von Restaurationsbetrieben der Organisator die Kontaktdaten erheben muss. Ein Buffet mit Selbstbedienung ist nicht ausgeschlossen.

Buchstabe b: Die Einrichtungen dürfen höchstens zu zwei Dritteln ihrer Kapazität besetzt werden. Bei Sitzplätzen ist diese Kapazitätsgrenze einfach umsetzbar. Bei Stehplätzen hingegen gibt es unterschiedliche Möglichkeiten zur Bestimmung der Kapazität. Beispielsweise kann eine feuerpolizeiliche Vorgabe zur Anwendung kommen. Als Anhaltspunkt können allenfalls auch die Besucherzahlen von Veranstaltungen vergangener Jahre dienen, von denen dann zwei Drittel als zulässig zu betrachten sind. Bei erstmalig durchgeführten Veranstaltungen kann auf Erfahrungswerte ähnlicher Veranstaltungen zurückgegriffen und mit zwei Dritteln der dortigen Besucherzahl gerechnet werden. Es wäre auch möglich zu berücksichtigen, dass die Kapazitätsvorgaben zum Ziel haben, die Einhaltung des Mindestabstands zu ermöglichen; hier wären für jede Person 2,25 m² einzurechnen. Es ist Aufgabe der Kantone, im bundesrechtlichen Rahmen zielführende Höchstgrenzen festzulegen, unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten.

Buchstabe c hält fest, dass Veranstaltungen, bei denen die Besucherinnen und Besucher selber tanzen, verboten sind, beispielsweise auch an Hochzeitsfesten in gemieteten Sälen von Restaurationsbetrieben oder an Konzerten. Nicht unter das Verbot fallen Tanzvorführungen vor Publikum, beispielsweise Ballettvorführungen.

Absatz 2: Für Veranstaltungen in Innenräumen gilt zusätzlich zu Absatz 1 die Pflicht zum Tragen einer Gesichtsmaske nach Artikel 6. Auch soll der erforderliche Abstand nach Möglichkeit eingehalten werden (*Bst. a*; bei Veranstaltungen mit Sitzpflicht sollte das Einhalten des Abstandes in der Regel kein Problem darstellen, ausser die Räumlichkeiten sind so bemessen, dass trotz Berücksichtigung der zulässigen Kapazitätsgrenze von zwei Dritteln der Abstand von 1,5 Metern nicht möglich ist). Die Konsumation von Speisen und Getränken ist nur in Restaurationsbetrieben erlaubt. Der Orga-

nisator kann aber vorsehen, dass die Besucherinnen und Besucher auf den Sitzplätzen Speisen und Getränke konsumieren dürfen, beispielsweise Popcorn im Kino (*Bst. b*). Erlaubt er dies, so muss er die Kontaktdaten aller Besucherinnen und Besucher erheben, einschliesslich der Sitzplatznummern (vgl. Anhang 1 Ziff. 1.4.4 *Bst. b*). Betreibt ein Theater im Eingangsbereich ein Café, so ist dies zulässig; die Vorgaben nach Artikel 12 Absatz 1 müssen aber eingehalten werden.

Absatz 3: Diese Bestimmung privilegiert sozial übliche Veranstaltungen im privaten Rahmen, sofern die Veranstaltung nicht in einem öffentlich zugänglichen Betrieb oder einer öffentlich zugänglichen Einrichtung durchgeführt wird. Für solche Veranstaltungen, die in Innenräumen mit bis zu 30 und im Freien mit bis zu 50 Personen durchgeführt werden dürfen, ist kein Schutzkonzept erforderlich, es gelten einzig die allgemeinen Vorgaben nach Artikel 4 (Beachtung der Empfehlungen des BAG zu Verhalten und Hygiene). Als private Veranstaltungen nach dieser Bestimmung gelten einzig solche, die auf Einladung hin im Familien- und Freundeskreis durchgeführt werden. Dazu gehören neben Familienfeiern etwa auch Partys in einer Wohngemeinschaft oder einer anderen privaten Räumlichkeit, die auf Einladung bzw. mittels Vereinbarung via Soziale Netzwerke organisiert werden.

Werden private Veranstaltungen in öffentlich zugänglichen Einrichtungen (z. B. im Saal eines Restaurants) durchgeführt, gelten die Vorgaben nach den Absätzen 1 und 2; zudem ist dafür ein Schutzkonzept nach Artikel 10 erforderlich. Werden bei Anlässen in solchen Einrichtungen vom Vermieter oder einem Caterer Speisen und Getränke ausgegeben, gelten diesfalls zudem die Regeln zur Gastronomie (u.a. Sitzpflicht, vgl. Art. 12). Veranstaltungen in Vereinen und Freizeitorganisationen (wie etwa Pfadfinder, in Pfarrgemeinden, Quartierverein- und andere Vereinsaktivitäten) gelten nicht als private Veranstaltung; sie sind als Veranstaltung i.S. von Absatz 1 zu qualifizieren, die je nach Veranstaltung bei Verzicht auf das Erfordernis eines Zertifikats mit bis zu 1000 Personen zulässig sind) und für die ebenfalls ein Schutzkonzept nach Artikel 10 erforderlich ist.

Artikel 15

An Veranstaltungen mit weniger als 1000 Personen, bei welchen der Zugang für Personen ab 16 Jahren auf Personen mit Zertifikat eingeschränkt wird, gilt einzig die Pflicht zur Erarbeitung eines Schutzkonzepts nach Artikel 10 Absatz 3. Ansonsten sind keine Einschränkungen, wie z.B. Kapazitätsbeschränkung, Maskenpflicht, Konsumationsvorgaben etc. vorgesehen (*Abs. 1*). Solche Veranstaltungen benötigen auch keine Bewilligung des Kantons. Für Grossveranstaltungen gelten die Vorgaben nach Artikel 16 und 17 (*Abs. 2*).

Artikel 16

Gemäss *Absatz 1 Einleitungssatz* geht es bei Grossveranstaltungen um Veranstaltungen, an denen mehr als 1000 Personen vor Ort sind. Unter diese Zahl fallen insbesondere die anwesenden Besucherinnen und Besucher sowie teilnehmende Personen wie an einem Wettkampf beteiligte Sportlerinnen und Sportlern, oder an einem kulturellen Grossanlass auftretende Künstlerinnen und Künstler. Nicht dazugezählt werden die Mitarbeitenden des Organisers bzw. entsprechender Subunternehmer sowie die freiwilligen Helferinnen und Helfer. Bei Veranstaltungen, die mehrere Tage dauern, gilt diese Mindestzahl für die Anzahl Personen, die täglich vor Ort sind.

Grossveranstaltungen bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde. Die Bewilligungsvoraussetzungen sind die folgenden (*Abs. 2*):

- Eine epidemiologische Lage, welche die Durchführung der Grossveranstaltung erlaubt (*Bst. a*). Wenn die Veranstaltung schon kurze Zeit nach Erteilung der Bewilligung stattfinden soll, hat diese Prüfung eine grosse Entscheidungsrelevanz. Hingegen wird es meist nur vage abzuschätzen sein, wie sich die epidemiologische Situation in zwei, drei oder vier Monaten präsentieren wird.
- Hinreichende im Kanton im Zeitraum rund um die Durchführung der Veranstaltung voraussichtlich zur Verfügung stehenden Kapazitäten für die erforderliche Identifizierung und Benachrichtigung ansteckungsverdächtiger Personen nach Artikel 33 EpG (*Bst. b Ziff. 1*). Berücksichtigt werden müssen auch die Kapazitäten in der Gesundheitsversorgung, um sowohl Covid-19- als auch andere Patientinnen und Patienten uneingeschränkt versorgen zu können; dies schliesst namentlich ein, dass auch medizinisch indizierte, aber nicht dringende Eingriffe durchgeführt werden können (*Bst. b Ziff. 2*). Auch diese beiden Kriterien sind vor allem dann entscheidend relevant, wenn die Veranstaltung schon kurze Zeit nach Erteilung der Bewilligung stattfindet; die Bewertung muss vager bleiben, je grösser die Zeitspanne ist zwischen Bewilligungserteilung und Durchführung ist. Relevant wird es diesfalls insbesondere dann sein, wenn es darum geht einzuschätzen, wie viele Veranstaltungen gleichzeitig durchgeführt werden können, ohne dass die Kapazitätsgrenzen überschritten werden.
- Das Schutzkonzept, das der Organisator einzureichen hat (*Bst. c*), muss aufzeigen, wie die Vorgaben nach Artikel 10 Absatz 3 umgesetzt werden. Das Schutzkonzept muss Massnahmen zur Hygiene und zur Umsetzung der Zugangsbeschränkung enthalten, unter Berücksichtigung der Vorgaben nach Anhang 1 Ziffer 2.

Die Regelung der Grossveranstaltungen dient auch der Planungssicherheit der Organisatoren. Damit einher geht, dass die Organisatoren darauf angewiesen sind, dass die Kantone die Bewilligungsgesuche zeitnah bearbeiten. Die Verordnung verzichtet auf die Einführung einer bundesrechtlichen Ordnungsfrist, innerhalb welcher die Gesuche zu bearbeiten sind; es ergibt sich ohne Weiteres, dass die Kantone gehalten sind, die Verfahren unter Berücksichtigung des geplanten Durchführungsdatums der Veranstaltung zügig durchzuführen. Insbesondere im Bereich des Sports gibt es Grossveranstaltungen, die gleichzeitig in mehreren Kantonen stattfinden (bspw. Radrennen). In solchen Fällen ist von jedem betroffenen Kanton für den Teil, der auf seinem Gebiet stattfindet, eine Bewilligung erforderlich (*Abs. 3*). Es ist für den Organisator von Bedeutung, dass die Kantone die Verfahren untereinander koordinieren. Auch bei gleichen Veranstaltungen, die in mehreren Kantonen stattfinden (z.B. Tournee eines grossen Zirkus) ist es für den Organisator wichtig, dass sich die Kantone untereinander absprechen, so dass beispielsweise Kantone, die später auf dem Tourneepan stehen, ihre Prüfung auf kantonsspezifische Aspekte (Zugangsbereich vor dem Zirkusgelände) beschränken können.

Verschiedene Organisatoren im Sport- und Kulturbereich organisieren in der gleichen Einrichtung wiederholt gleichartige Grossveranstaltungen (Fussballspiele, Konzerte und Theater in entsprechenden Häusern und Sälen). Für diese Organisatoren genügt ein einzelnes Gesuch, um eine Bewilligung für sämtliche geplanten gleichartigen Veranstaltungen zu beantragen (*Abs. 4*).

Absatz 5 hält fest, unter welchen Bedingungen die Kantone erteilte Bewilligungen wi-

derrufen oder zusätzliche Einschränkungen erlassen können. Für eine allfällige Beteiligung der öffentlichen Hand am Schaden des Organisators im Sinne von Artikel 11 a Covid-19-Gesetz ist nur *Buchstabe a* relevant: Der Widerruf der Bewilligung (bzw. die Verfügung wesentlicher zusätzlicher Einschränkungen) im Falle einer Verschlechterung der epidemiologischen Lage. *Buchstabe b* hält des Weiteren fest, dass auch in Fällen, in denen ein Organisator die Bewilligung zur Durchführung mehrerer gleichartiger Veranstaltungen erhalten hat und sich nicht an die Vorgaben hält, als weiterer Grund für einen Widerruf oder zusätzliche Massnahmen zur Anwendung kommen kann. In Umsetzung des Verhältnismässigkeitsprinzips hat der Kanton jeweils zu prüfen, ob anstelle eines Widerrufs der Bewilligung die Durchführung der Veranstaltung gegebenenfalls mit weiteren Massnahmen bewilligt werden kann. Ebenso gebietet es das Gebot der Fairness, einen Widerruf oder weitere Einschränkungen so frühzeitig wie möglich gegenüber dem Organisator zu kommunizieren, damit dieser die notwendigen Dispositionen soweit möglich mit geringstmöglichen Aufwand- und Kostenfolgen treffen kann. Als Faustregel kann eine Frist von spätestens 48h vor Beginn der Grossveranstaltung angeführt werden.

Artikel 17

Absatz 1 hält fest, dass der Zugang zu einer Grossveranstaltung Personen ab 16 Jahren nur gewährt werden darf, wenn diese über ein Zertifikat verfügen und somit nachweisen können, dass sie geimpft, eine Ansteckung mit Sars-CoV-2 hinter sich haben und genesen oder kurz vor der Veranstaltung negativ getestet worden sind. Die Verwendung von Selbsttests ist nicht zulässig, weil sie zu wenig aussagekräftig sind und auch nicht gewährleistet werden kann, dass der Test effektiv von derjenigen Person durchgeführt wurde, die nun Zugang wünscht. Kinder und Jugendliche bis zu ihrem 16. Geburtstag müssen diese Voraussetzungen nicht erfüllen. Bei Veranstaltungen, an denen die gleichen Personen über mehrere Tage hinweg anwesend sind (z.B. mehrtägige Musikfestivals mit Zeltplätzen für die Besucherinnen und Besucher; dies gilt auch für Aussteller an mehrtägigen Messen), muss bei Personen mit Zutritt dank negativem Testresultat die Erfüllung der Zutrittsvoraussetzung nach Ablauf der jeweiligen Gültigkeitsdauer des Testresultats erneut überprüft werden. Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren, die im Rahmen ihrer eigenen sportlichen und kulturellen Aktivitäten nicht an Einschränkungen gebunden waren, müssen bei der Teilnahme an einer Grossveranstaltung (z.B. Auftritt an einem Festival für Nachwuchsbands) die genannten Voraussetzungen ebenfalls erfüllen.

Für den Innenbereich müssen Betreiber und Organisatoren vorsehen, dass alle vor Ort tätigen Personen (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder auch freiwillige Helferinnen und Helfer), die Kontakt haben zu Besucherinnen und Besuchern, entweder ebenfalls alle ein Zertifikat vorweisen können oder dass sie in Innenbereichen alle eine Gesichtsmaske tragen (vgl. Art. 6 Abs. 4). Im Aussenbereich haben die Arbeitgebenden infolge von Artikel 25 de facto ebenfalls sicherzustellen, dass ihre Arbeitnehmenden entweder ein Zertifikat vorweisen, Maske tragen oder zumindest Abstand einhalten können. Um dem Sinn und Zweck der Zugangsbeschränkung (grösstmöglicher Schutz aller anwesenden Personen) Rechnung zu tragen, muss der Organisator dafür sorgen, dass freiwillige Helferinnen und Helfer auch im Aussenbereich entweder über ein Zertifikat verfügen oder Maske tragen.

Gemäss *Absatz 2* sind in bestimmten Fällen im Sportbereich Ausnahmen von den Zugangsbeschränkungen nach Absatz 1 möglich. So ist es etwa bei einzelnen Freiluftveranstaltungen (bspw. Streckenrennen wie etwa Radrennen) praktisch nicht umsetzbar, dass der Organisator auf der gesamten Strecke den Zugang entsprechend der

genannten Kriterien einschränkt (z.B. Anwohner an Strecken; nicht absperrbarer öffentlicher Strassenraum ausserhalb neuralgischer Stellen, s.u.) kontrolliert. Für solche Anlässe können die Kantone deshalb auch dann eine Bewilligung erteilen, wenn die Vorgaben nach Absatz 1 nicht von allen Zuschauerinnen und Zuschauern am Streckenrand erfüllt sind. An neuralgischen Stellen (Start, Ziel, Bergpreis etc.) muss die Einhaltung von Absatz 1 hingegen gewährleistet werden. Bei öffentlich zugänglichen Bereichen entlang der Wettkampfstrecken ausserhalb von neuralgischen Stellen, in welchen keine Aktivitäten des Veranstalters stattfinden, gelten die allgemeinen Empfehlungen des BAG zu Hygiene und Verhalten im öffentlichen Raum. Hier liegt das korrekte Verhalten in der Eigenverantwortung der anwesenden Personen.

Artikel 18

Grosse Publikums- und Fachmessen ähneln in gewichtigen Merkmalen grossen Einkaufszentren und werden entsprechend nicht der allgemeinen Regelung von Grossveranstaltungen unterstellt. Das Verhalten von Besucherinnen und Besuchern von Messen ist mit dem Verhalten von Kundinnen und Kunden in Einkaufszentren vergleichbar: Sie treten ein und bleiben anschliessend nicht als Zuschauende an einem Ort, sondern bewegen sich von einem Geschäft bzw. Messestand zum anderen. Es gelten deshalb zunächst die gleichen Vorgaben, die auch für andere öffentlich zugängliche Einrichtungen gelten: Die Pflicht zur Erarbeitung und Umsetzung eines Schutzkonzepts (Art. 10), das die Vorgaben gemäss Anhang 1 berücksichtigt. Dieser hält u.a. fest, dass die Besucherströme so geregelt werden müssen, dass die Einhaltung des Abstands zwischen allen Personen eingehalten werden kann (Ziff. 1.3.4 von Anhang 1).

Weil Messen aber auch gewisse Elemente von Veranstaltungen aufweisen, insbesondere eine inhaltliche bzw. thematische Bindung, die auf viele an diesem Thema interessierte Personen eine Sogwirkung ausübt, sollen grosse Messen ab 1000 Personen der Bewilligungspflicht unterliegen (die Besucherzahl wird bei mehrtägigen Messen pro Tag gerechnet). Dadurch wird es für die Organisatoren möglich, vom Schutzschirm gemäss Covid-19-Verordnung Publikumsanlässe erfasst zu werden. Die Bewilligungsvorgaben sind die gleichen wie bei den Grossveranstaltungen (vgl. die Ausführungen zu Art. 16). Ansonsten wird auch bei Messen auf Kapazitätsvorgaben verzichtet, unabhängig von der Besucherzahl oder von der Beschränkung auf Personen mit Covid-Zertifikat. Wird die Messe auf Personen mit Zertifikat beschränkt, gelten abgesehen von der Bewilligungspflicht sowie der Pflicht zur Erstellung und Umsetzung eines Schutzkonzepts keine Einschränkungen, insbesondere können die Besucherinnen und Besucher in Innenräumen auf das Tragen der Maske verzichten.

Artikel 19

Absatz 1: Bestimmte Veranstaltungen unterliegen keiner Beschränkung der Personenzahl, es gilt jedoch die Schutzkonzeptpflicht nach Artikel 10. Eine Zertifikats-Zugangsbeschränkung ist unzulässig. Dazu gehören politische Versammlungen der Legislative auf eidgenössischer, kantonaler oder kommunaler Ebene (z.B. Landsgemeinde, Gemeindeversammlung, kantonale und kommunale Parlamente, Kommissionssitzungen), unaufschiebbare Versammlungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften (z.B. der Landeskirche) sowie Versammlungen, die für die Funktionsfähigkeit von institutionellen Begünstigten nach Artikel 2 Absatz 1 des Gaststaatgesetzes vom 22. Juni 2007 (SR 192.12) notwendig sind (z.B. internationale Konferenzen). Nicht als politische Versammlungen gelten Anlässe von politischen Parteien.

Absatz 2: Diese Bestimmung beinhaltet spezifische Vorgaben für politische und zivilgesellschaftliche Kundgebungen. Für diese sind die Artikel 10 und 11 nicht anwendbar. Als politische und zivilgesellschaftliche Kundgebungen bzw. Demonstrationen gelten Veranstaltungen, die der politischen und gesellschaftlichen Meinungsäusserung und -bildung dienen und typischerweise im öffentlichen Raum stattfinden. Nicht darunter fallen z.B. Parteiversammlungen, Versammlungen von sozialen Bewegungen, Einreichungen von Volksinitiativen oder fakultativen Referenden, Sitzungen und Sessionen legislativer Organe wie Landsgemeinden oder Gemeindeversammlungen sowie Parlamente von Kantonen und Gemeinden; diese sind nach den Voraussetzungen von Absatz 1 zulässig.

Da Kundgebungen in einer grund- und staatsrechtlichen Perspektive eine hohe Bedeutung zukommt, sind sie besonders geregelt und werden insofern privilegiert, als dass nicht sämtliche an übrige Veranstaltungen gestellten Anforderungen erfüllt sein müssen.

Bei Kundgebungen gilt keine Begrenzung der teilnehmenden Personen und es besteht keine Pflicht zur Erarbeitung und Umsetzung eines Schutzkonzepts. Die Durchführung von Kundgebungen im öffentlichen Raum untersteht aber im Übrigen kantonalem Recht; im Rahmen der Beurteilung des Bewilligungsgesuchs kann die zuständige kantonale Behörde deshalb Auflagen machen, die letztlich auch dem Schutz vor Übertragungen dienen, beispielweise zur geplanten Route oder zur Vermeidung enger Strassen oder zu kleiner Plätze.

Für Unterschriftensammlungen für politische oder zivilgesellschaftliche Begehren sind die Artikel 10 und 11 ebenfalls nicht anwendbar. Es gelten die analogen Regeln wie für politische Kundgebungen.

Absatz 3 regelt die Schnittstelle zwischen Grossveranstaltungen und Versammlungen politischer Körperschaften, politischen und zivilgesellschaftlichen Kundgebungen sowie Unterschriftensammlungen. Auch wenn bei solchen Versammlungen mehr als 1000 Personen anwesend sein sollten (z.B. an einer Kundgebung oder an einer Landsgemeinde), kommen die Vorgaben für Grossveranstaltungen nicht zur Anwendung. Es braucht keine Bewilligung im Sinne der Covid-19-Verordnung besondere Lage und es gilt weder eine Zugangsbeschränkung für die teilnehmenden Personen noch eine Entschädigungspflicht der öffentlichen Hand im Falle einer Absage solcher Veranstaltungen.

Artikel 20

Aufgrund der weitgehenden Lockerungen im Sport- und Kulturbereich wird darauf verzichtet, noch spezielle Regeln für die Ausübung der Aktivitäten durch Profis, Kinder und Jugendliche oder durch Personen mit Covid-Zertifikat vorzusehen. Es gelten für alle die gleichen Regeln.

Für Personen, die sportliche oder kulturelle Aktivitäten ausüben, gibt es in Aussenbereichen keine Einschränkungen mehr. Bei Aktivitäten in Innenräumen müssen einzig die Kontaktdaten erhoben werden (sofern die Einrichtung oder der Betrieb, in der/dem die Aktivität ausgeübt wird, keine Zertifikats-Zugangsbeschränkung kennt) und es muss eine wirksame Lüftung vorhanden sein (*Bst. d*). Es gilt weder eine Pflicht zum Tragen einer Gesichtsmaske noch zur Einhaltung des erforderlichen Abstands (*Bst. a*). Auch sind keine Kapazitätsbeschränkungen vorgesehen.

Buchstabe b: Bei Veranstaltungen mit Sport- und Kulturaktivitäten kommen auch für die Sportlerinnen und Sportler bzw. Künstlerinnen und Künstler die entsprechenden

Bestimmungen zur Anwendung (insb. betreffend die zulässige Personenzahl und Kapazitätsbeschränkungen bei Veranstaltungen ohne Einschränkung auf Personen mit Covid-Zertifikat oder die Bewilligungspflicht für Grossveranstaltungen).

Buchstabe c: Wie alle öffentlichen Einrichtungen und Betriebe müssen auch Einrichtungen im Bereich des Sports ein Schutzkonzept (Art. 10) erarbeiten und umsetzen. Zudem müssen auch Personen, die eine sportliche oder kulturelle Aktivität in einer Gruppe von mehr als 5 Personen ausüben, ein Schutzkonzept erarbeiten und umsetzen. Die Betreiber der jeweiligen Anlage werden auch die erforderliche Aufsicht und Kontrolle bereitzustellen haben, welche für die Durchsetzung der Schutzkonzepte verantwortlich ist. Bei Personen, die die Aktivitäten in einem Anstellungsverhältnis ausüben, gelten die Vorgaben nach Artikel 25.

Artikel 21

Für Aktivitäten von Organisationen und Institutionen der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Jahrgang 2001 oder jünger gilt einzig die Pflicht zur Erarbeitung und Umsetzung eines Schutzkonzepts nach Artikel 10. Das Schutzkonzept bezeichnet die zulässigen Aktivitäten und regelt u.a. die Maskenpflicht nach den Vorgaben von Artikel 6 sowie die Hygiene- und Abstandsvorgaben.

Artikel 22

Das Verhältnismässigkeitsgebot gebietet es, eine Einzelfallbetrachtung durch die Vollzugsbehörden für bestimmte Situationen zu ermöglichen. Daher kann die zuständige kantonale Behörde Ausnahmen von den Verboten bzw. Geboten nach den Artikeln 10 Absätze 2–4 und 20 bewilligen, wenn überwiegende öffentliche Interessen dies gebieten (*Bst. a*). Das Erfordernis des überwiegenden öffentlichen Interesses wird es in aller Regel nicht zulassen, dass private Veranstaltungen mit Erleichterungen stattfinden können. Mit Blick auf die bereits bestehenden Lockerungen und Durchführungsmöglichkeiten nach dieser Verordnung einerseits und die Verantwortlichkeit der Kantone bezüglich der Durchführbarkeit etwa eines Contact Tracings andererseits ist von einer geringen Anzahl von Ausnahmegewilligungen auszugehen. Die Bestimmungen zu den Grossveranstaltungen beinhalten teilweise Vorgaben dazu, inwiefern die kantonalen Behörden bei den Bewilligungen von den bundesrechtlichen Vorgaben abweichen können (z.B. Art. 17 Abs. 2). Weitergehende Erleichterungen sollen nicht möglich sein, weshalb in der vorliegenden Bestimmung die Artikel zu den Veranstaltungen und grossen Fach- und Publikumsmessen von den Bestimmungen, bei denen kantonale Abweichungen zulässig sind, ausgenommen werden.

Buchstabe b enthält als weitere Voraussetzung, dass die epidemiologische Lage des Kantons eine Erleichterung zulassen muss.

Zusätzlich muss vom Veranstalter oder Betreiber ein Schutzkonzept vorgelegt werden, das die spezifischen Massnahmen umfasst, um Ansteckungen zu verhindern und Übertragungsketten zu unterbrechen (*Bst. c*). Dazu gehört beispielsweise, dass die räumlichen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen: Sofern möglich soll in grössere Räume ausgewichen werden, um mehr Raum für die Anwesenden zur Verfügung zu stellen. Auch die geeignete Lenkung von Personenströmen kann das Übertragungsrisiko einschränken. Schliesslich sind die Aktivitäten der anwesenden Personen (nahe Kontakte, Einhaltung der Distanzregeln bei konkreter Aktivität) zu berücksichtigen.

Artikel 23

Während die Anordnung von gesundheitspolizeilichen Massnahmen mit kollektiver Wirkung in Einzelfällen ohnehin in der Verantwortung der Kantone liegen (z.B. die Schliessung einer Schule, eines Hotels oder einer anderen Einrichtung), muss es den Kantonen in Übereinstimmung mit deren Verantwortlichkeit in der besonderen Lage auch möglich sein, über einzelne Einrichtungen und Veranstaltungen hinausgehende, aber lokal oder regional zu begrenzende Massnahmen nach Artikel 40 EpG anzuordnen. Dies kann die Verfügung von Vorschriften zum Betrieb von Einrichtungen, ein Verbot bzw. die Einschränkung des Betretens oder Verlassens bestimmter Gebäude oder Gebiete oder der Durchführung bestimmter Aktivitäten umfassen, aber auch die Anordnung von Verhaltensregeln gegenüber der Bevölkerung bzw. Privatpersonen. Mit Blick auf die Geeignetheit der Massnahmen sind zudem das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung, die Vernetzung der wirtschaftlichen Tätigkeiten und die Auswirkungen auf angrenzende Regionen und gegebenenfalls Kantone und die Versorgungslage zu bedenken. *Absatz 1* klärt, bei welchen Voraussetzungen ein Handeln der Kantone geboten ist bzw. in welchen Konstellationen kantonale Massnahmen zusätzlich zu den in der vorliegenden Verordnung festgehaltenen Basismassnahmen des Bundes getroffen werden müssen. Massgebend ist in erster Linie die epidemiologische Lage im Kanton, bei deren Beurteilung die mittlerweile anerkannten Indikatoren zur Anwendung gelangen (z.B. lokale Ausbrüche und regionale bzw. interkantonale Zusammenhänge; ein wichtiger Aspekt ist zudem das jeweilige Niveau der Fallzahlen bzw. Werte oder die beobachtete oder zu erwartende Dynamik der Entwicklung).

Der Hinweis in *Absatz 2* verdeutlicht in deklaratorischer Weise, dass auch bei der Pandemiebekämpfung die angemessene Ausübung von zentralen Grundrechten gewährleistet sein muss.

Artikel 24

Dieser Artikel verschafft den grundsätzlich für den Vollzug zuständigen kantonalen Stellen (vgl. Art. 2) die notwendigen Kompetenzen, damit sie die Einhaltung der Massnahmen nach den Artikeln 10–21 überprüfen können. *Absatz 1* hält fest, dass Betreiber und Organisatoren ihr Schutzkonzept auf Verlangen der zuständigen Behörde vorweisen müssen (*Bst. a*) und dass sie den Behörden Zutritt zu den Einrichtungen, Betrieben und Veranstaltungen gewähren müssen (*Bst. b*).

Absatz 2: Aufgrund der Wichtigkeit der Einhaltung von Schutzkonzepten bei der Bekämpfung der Epidemie wird ausdrücklich festgeschrieben, dass die zuständigen kantonalen Behörden regelmässige Kontrollen vorzunehmen haben (vgl. auch die diesbezügliche Weisung des BAG vom Dezember 2020). Die Kantone sind gehalten, spezifisch Kontrollen in diesen Betrieben durchzuführen und der Einhaltung der einschlägigen Vorgaben in der Praxis ein besonderes Augenmerk zu widmen. Allfällig festgestellte Mängel müssen von den verantwortlichen Betreibern rasch und nachhaltig behoben werden, ansonsten die Kantone weitere einschneidendere Massnahmen unter Beachtung des Verhältnismässigkeitsprinzips zu treffen haben.

Unter Berücksichtigung des Verhältnismässigkeitsprinzips hält *Absatz 3* fest, dass die zuständigen Behörden die geeigneten Massnahmen treffen müssen, wenn kein ausreichendes Schutzkonzept vorliegt oder das vorliegende Schutzkonzept nicht umgesetzt wird. Es kann beispielsweise eine Mahnung bzw. Verwarnung ausgesprochen werden, oder eine Frist angesetzt werden zur Korrektur festgestellter Abweichungen

von den Vorgaben. An letzter Stelle ist aber auch eine sofortige behördliche Schliessung eines Betriebs möglich. Soweit es sich um Unternehmen und Betriebe handelt, die den Gesundheitsschutz im Sinne von Artikel 6 Arbeitsgesetz umsetzen müssen, sind die kantonalen Arbeitsinspektionen für Kontrollen und eine allfällige Schliessung zuständig. Für sämtliche anderen Einrichtungen sind die Zuständigkeiten durch die Kantone festzulegen (Gewerbepolizei, Kantonsarztamt etc.). Die vorgängige Einreichung des Schutzkonzepts beim BAG oder bei der zuständigen kantonalen Behörde ist nicht erforderlich.

2.5 Massnahmen zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (5. Abschnitt)

Artikel 25

Gemäss *Absatz 1* muss der Arbeitgeber gewährleisten, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Empfehlungen des BAG betreffend Hygiene und Abstand einhalten können.

Absatz 2: Der Arbeitgeber muss weitere Massnahmen gemäss dem STOP-Prinzip (Substitution, technische Massnahmen, organisatorische Massnahmen, persönliche Schutzausrüstung) treffen, namentlich die Möglichkeit von Homeoffice (vgl. dazu Empfehlung des BAG⁵), die physische Trennung, getrennte Teams, regelmässiges Lüften (jede Stunde 5–10 Minuten) oder das Tragen von Gesichtsmasken in Risikosituationen. Diese Vorgaben konkretisieren die Pflicht des Arbeitgebers, zum Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer alle notwendigen und angemessenen Massnahmen zu treffen (Art. 6 Arbeitsgesetz vom 13. März 1964, ArG, SR 822.11).

Das STOP-Prinzip beinhaltet:

- Substitution: Tätigkeiten, bei denen es zu engem Kontakt kommen kann, werden durch andere Tätigkeiten ersetzt, beispielsweise durch die Anordnung von Homeoffice.
- Technische und organisatorische Massnahmen: Mittels technischer und organisatorischer Massnahmen werden Tätigkeiten, bei denen es zu engem Kontakt kommen kann, in anderer Form ausgeführt (z.B. Kundenkontakt via elektronischen Mitteln statt direkt), oder es werden spezielle Schutzmassnahmen getroffen (Desinfektionsmittel, in Risikosituationen Hygienemaske tragen [siehe Merkblatt Gesundheitsschutz SECO⁶] etc.).
- Persönliche Schutzausrüstung: Insbesondere in Einrichtungen des Gesundheitswesens, in denen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Umgang mit Schutzausrüstung geübt sind, kann auf diese Massnahme zurückgegriffen werden.

Die Erhebung von Kontaktdaten nach Artikel 11 dient nicht dem Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, weshalb sie im Arbeitsbereich nicht als zulässige Massnahme genannt werden kann. Zulässig ist hingegen – entsprechend dem STOP-Prinzip – die Bildung von getrennten, beständigen Teams. Die zielführende Einsetzung dieser Massnahme in geeigneten Situationen führt zu einem mit Artikel 11 vergleichbaren Resultat.

⁵ <https://www.bag.admin.ch> > Coronavirus > So schützen wir uns

⁶ <https://www.seco.admin.ch> > Arbeit > Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Absatz 3 hält fest, dass für den Schutz besonders gefährdeter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zudem Artikel 27a der Covid-19-Verordnung 3 vom 19. Juni 2020 gilt.

Artikel 26

Dieser Artikel verschafft den für den Vollzug zuständigen Behörden (gemäss *Abs. 1* Vollzugsbehörden des ArG sowie des Bundesgesetzes vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung, SR 832.20) die notwendigen Kompetenzen, damit sie die Einhaltung der Massnahmen nach den Artikel 10 überprüfen können. Sie können jederzeit Kontrollen durchführen (*Abs. 2*), und die Arbeitgeber müssen ihnen Zutritt zu den Räumlichkeiten und Örtlichkeiten gewähren (*Abs. 3*).

2.6 Meldepflicht der Kantone betreffend die Kapazitäten in der Gesundheitsversorgung (6. Abschnitt)

Artikel 27

Zusätzlich soll in der Verordnung eine Meldepflicht im Bereich der Gesundheitsversorgung eingeführt werden. Die Kantone sollen namentlich verpflichtet werden, dem Koordinierten Sanitätsdienst laufend die Gesamtzahl und Auslastung der Bettenkapazitäten, insbesondere der Spitalbetten, die für COVID-19 designiert sind sowie die Spitalbetten der Intensivpflege zu melden. Auch die Anzahl der im betreffenden Zeitpunkt behandelten Patientinnen und Patienten mit einer COVID-19-Erkrankung ist zu melden. Mit der Bestimmung soll der Informationsfluss von den Kantonen zum Bund vereinheitlicht und präzisiert werden. Diese Informationen sind für die Beurteilung der Lage sowie für die Umsetzung von Massnahmen von zentraler Bedeutung.

2.7 Strafbestimmung (7. Abschnitt)

Widerhandlungen gegen Massnahmen gegenüber der Bevölkerung (im Sinne von Art. 40 Epidemien-gesetz, EpG; SR 818.101) sind bereits nach Artikel 83 Absatz 1 Buchstabe j EpG als Übertretungsstrafatbestände strafbewehrt. Nach ihrem Wortlaut verweist diese Bestimmung aber einzig auf Massnahmen der Kantone, während sich die Kompetenz des Bundes zur Anordnung solcher Massnahmen aus Artikel 6 Absatz 3 EpG (besondere Lage) ergibt. Aufgrund der entsprechenden Darlegungen in der Botschaft (BBl 2011 365) ist davon auszugehen, dass damit auch seitens des Bundes im Rahmen der besonderen Lage angeordnete Massnahmen (vgl. hierzu die Covid-19-Verordnung besondere Lage) strafbewehrt sind. Dagegen kann jedoch angeführt werden, dass eine explizite Regelung der Straftatbestände auf Verordnungsebene aus Gründen der Rechtsklarheit wünschenswert ist. Eine Klarstellung in der Verordnung erscheint somit sinnvoll, selbst wenn sich durch Auslegung ergibt, dass auch Widerhandlungen der vom Bund angeordneten Massnahmen nach Artikel 83 Absatz 1 Buchstabe j in Verbindung mit den Artikeln 40 und 6 EpG strafbar sind. Die ausdrückliche Regelung trägt damit auch dem Grundsatz Rechnung, wonach Straftatbestände gemäss Artikel 1 Strafgesetzbuch (StGB; SR 311.0) klar auszuformulieren sind.

- *Bst. a:* Pflichtverletzungen von Betreibern öffentlich zugänglicher Einrichtungen und Betriebe sowie von Organisatoren von Veranstaltungen wie die ungenügende oder mangelhafte Erarbeitung oder Umsetzung von Schutzkonzepten (vgl. Art. 10 Abs. 1–3) oder Verstösse gegen weitere Vorgaben (Artikel 12, 13 Absatz 1, 14 Absätze 1 und 2, 15 Absatz 1, 17 Absatz 1 sowie 20) sind strafbar, auch die fahrlässige Begehungsform.

- *Bst. b:* Erfahrungen mit der Erhebung von Kontaktdaten als Bestandteil von Schutzkonzepten gemäss Artikel 11 haben gezeigt, dass diese Daten mitunter zu anderen als zu den dafür vorgesehenen Zwecken verwendet werden. Weil eine solch zweckwidrige Verwendung unter keine Strafbestimmung des Strafgesetzbuchs und meist auch nicht unter diejenigen des Datenschutzgesetzes (SR 235.1) fällt, erscheint eine spezifische Strafnorm angezeigt. Ein Verstoß gegen diese Strafnorm kann vorsätzlich oder fahrlässig begangen werden.
- *Bst. c:* Die Durchführung einer Veranstaltung mit mehr Personen als zulässig ist strafbewehrt.
- *Bst. d:* die vorsätzliche Durchführung einer Grossveranstaltung nach Artikel 16 Absatz 1 oder eine Fach- oder Publikumsmesse nach Artikel 18 Buchstabe a ohne die dafür erforderliche Bewilligung oder abweichend vom bewilligten Schutzkonzept steht unter Strafe.
- *Bst. e:* Mit dieser Norm wird klargestellt, dass das Nichttragen einer Gesichtsmaske in geschlossenen Bereichen von Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs (Art. 5) und von Warte- und Zugangsbereichen sowie in den Innenräumen von öffentlich zugänglichen Einrichtungen und Betrieben (Art. 6 Abs. 1) oder an Veranstaltungen, sofern nicht eine Ausnahme nach Artikel 5 Absatz 1 oder 6 Absatz 2 oder 4 gilt, unter Strafe steht. Der zulässige Höchstbetrag einer Busse (10'000 Franken nach Art. 106 Abs. 1 StGB) wird jedoch durch Aufnahme dieses Straftatbestandes im Anhang zur Ordnungsbussenverordnung faktisch auf den dort vorgesehenen Bussenbetrag von 100 Franken reduziert (Pos. 16002). Im Gegenzug werden aber auch bloss fahrlässig begangene Verstöße gegen die Maskentrapflicht unter Strafe gestellt.
- *Bst. f:* Verstöße von Restaurant- und Barbesuchenden gegen die Sitzpflicht sollen geahndet werden können, wobei aus Praktikabilitätsgründen nur die Strafbarkeit einer vorsätzlichen Tatbegehung zielführend erscheint. Aufgrund der spezifischen Vollzugsaufsicht in der Arbeitswelt sind hingegen Verstöße gegen die Sitzpflicht in Betriebskantinen (vgl. Art. 12 Abs. 3 Bst. a Covid-19-Verordnung besondere Lage) nicht spezifisch strafbewehrt. Allfällige Widerhandlungen der Betreiber gegen die einschlägigen Vorgaben im Gastronomiebereich werden von Artikel 13 Buchstabe a erfasst.

Einzelne Widerhandlungen können mit einer Ordnungsbusse geahndet werden; die entsprechenden Vorgaben finden sich in den Ziffern 16001–16003 des Anhangs 2 zur Ordnungsbussenverordnung (OBV; SR 314.11)

2.8 Nachführung der Anhänge (8. Abschnitt)

Artikel. 29

In den Anhängen 1 und 2 werden Präzisierungen zu den Vorgaben für Schutzkonzepte und Schutzmassnahmen festgehalten. Gemäss vorliegender Bestimmung obliegt die Nachführung dieser Anhänge dem EDI. Bei der Nachführung von Anhang 1 (Schutzkonzepte) geschieht die Nachführung wie bislang im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (vgl. bisheriger Art. 13a Abs. 3), bei Anhang 2 (Impfstoffe, bei deren Verwendung der Zugang zur Veranstaltung gewährt wird) erfolgt die Nachführung nach Anhörung der Eidgenössischen Kommission für Impffragen.

2.9 Anhänge

Anhang 1

Ziffer 1 regelt die Vorgaben an Schutzkonzepte für öffentlich zugängliche Einrichtungen und Betriebe sowie Veranstaltungen, die bei Personen über 16 Jahren den Zugang nicht auf Personen mit einem Zertifikat einschränken.

Ziffer 1

Ziffer 1.1.1

Als Grundsatz wird zunächst festgehalten, dass ein erhöhtes Ansteckungsrisiko besteht, wenn der Abstand von 1,5 Metern während mehr als 15 Minuten nicht eingehalten werden kann (vgl. Ziff. 1.3.1 und 1.4.1). Dieser Grundsatz kennt – wie alle Grundsätze – seine Ausnahmen und gilt entsprechend nur in Situationen, in denen keinen anderen Schutzmassnahmen (insb. Gesichtsmasken oder Abschränkungen) ergriffen werden. Auch ist das Ansteckungsrisiko nicht überall gleich gross, beispielsweise ist es bei gleicher Distanz und gleicher Dauer in einem geschlossenen Raum grösser als unter freiem Himmel, und in schlecht belüfteten Räumen grösser als in gut durchlüfteten Räumen. Gleichwohl soll dieser Grundsatz im Sinne eines Ausgangspunkts für alle folgenden Vorgaben für Schutzkonzepte hier festgehalten werden.

Ziffer 1.1.2

Das Schutzkonzept bildet das zentrale Instrument zur Bekämpfung des Coronavirus in Betrieben und bei Veranstaltungen mit Publikumsaufkommen. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung, dass seitens der Betreiber und Organisatoren folgendes beachtet wird:

- Die Wahl, welche Massnahmen aus dem in dieser Verordnung vorgegebenen Massnahmenset angewendet werden soll, muss stets mit Blick auf einen wirkungsvollen Schutz der anwesenden Personen im einzelnen Betrieb und an der betreffenden Veranstaltung erfolgen; die Einhaltung der Abstandsregel und die Umsetzung von Schutzmassnahmen (Gesichtsmasken, Zugangsbeschränkung) bleiben damit die Mittel erster Wahl, soweit keine Gründe dagegensprechen.
- Die Umsetzbarkeit der getroffenen Massnahmen im konkreten Betrieb und an der Veranstaltung ist bei der Wahl mitzubedenken.
- Der zu gewährleistende Schutz erstreckt sich sowohl auf das Publikum (Gäste, Besucherinnen und Besucher sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer) als auch auf die im Betrieb tätigen Personen (namentlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer).
- Es sind jeweils für die einzelnen Bereiche oder Personengruppen adäquate Massnahmen vorzusehen: auch bei der Erhebung von Kontaktdaten ist im Sinne des Vorsorgeprinzips z.B. darauf zu achten, dass die betreffenden Personengruppen mit engeren Kontakten möglichst klein gehalten bzw. eingegrenzt werden und sich nicht vermischen, dass in Gang- und Sanitärbereichen die Abstandsregeln umgesetzt werden.

Der Organisator hat seinen Veranstaltungsperimeter bzw. -raum im Schutzkonzept zu definieren. Dieser umfasst einerseits sämtliche Bereiche mit Zugangsbeschränkungen.

Die Verantwortung für die Ausgestaltung und die Umsetzung des Schutzkonzepts liegt beim Betreiber und Organisator.

Ziffer 1.1.3

Die Angabe der Gründe (Art der Aktivität, örtliche Gegebenheiten) muss erlauben, dass die Anordnung der Erhebung von Kontaktdaten für die kantonalen Vollzugsbehörden plausibel ist. Detaillierte wirtschaftliche Angaben bzw. detaillierte Kostenüberlegungen sind in der Regel nicht notwendig.

Ziffer 1.1.4

Die zielführende Information des Publikums ist eine zentrale Voraussetzung, damit die Umsetzung der Massnahmen gewährleistet werden kann. Über die Art und Weise der Information entscheidet der Betreiber oder Organisator. Hilfreich ist in jedem Fall die Verwendung der vom BAG bereitgestellten Informationsmaterialien.

2 Hygiene

Die angeführten Hygienemassnahmen, namentlich die Platzierung der Möglichkeiten zur Händereinigung, die Periodizität der Reinigung der Kontaktflächen etc. sind auf den konkreten Betrieb bzw. die konkrete Veranstaltung abzustimmen.

3 Abstand

Ziffern 1.3.1 und 1.3.3

Der einzuhaltende Mindestabstand beträgt 1,5 Meter (Ziff. 3.1). Dieser gilt als "erforderlicher Abstand" im Sinne dieser Verordnung bzw. des Anhangs, somit insbesondere auch für den Abstand, der im Gastronomiebereich (Betriebskantinen, Hotelrestaurants) zwischen den an den einzelnen Gästegruppen einzuhalten ist (vgl. Ziff. 1.3.3).

Ziffer 1.3.2

Gemäss Ziffer 1.3.2 besteht im Sitzplatzbereich von Betrieben und an Veranstaltungen (bspw. Kirchen, Kinos, Theater, Präsenzveranstaltungen in Bildungseinrichtungen) eine Erleichterung: angesichts der oftmals vorhandenen und teilweise verankerten Sitzreihenordnung sind im Rahmen bestehender Kapazitätsbeschränkungen nach Möglichkeit die Plätze so anzuordnen oder zu belegen, dass mindestens ein Platz freigehalten oder zwischen den Sitzplätzen ein gleichwertiger Abstand eingehalten wird. Damit wird in aller Regel nicht der erforderliche Abstand von 1,5 Metern (nach Ziffer 1.3.1) erreicht, was aus Praktikabilitätsgründen in Kauf genommen wird. Als gleichwertiger Abstand gilt die Distanz, die durch den Wegfall eines im betreffenden Betrieb üblichen Sitzes oder Stuhls in einer Stuhlreihe entsteht. Ausgenommen von der Vorgabe ist die Besetzung durch Familien oder andere Personen, bei denen die Einhaltung des erforderlichen Abstands unzweckmässig ist (vgl. Ziff. 1.3.5).

Ziffer 1.3.4

In Bereichen, in denen sich die Personen bewegen bzw. durchgehen (Kundenbereiche in Läden, im Freien stattfindenden Märkten, in Sanitärbereichen), soll durch geeignete Massnahmen (wie Markierungen, Bänder) den Personen ermöglicht werden, z.B. an den Kassen, Info-Ständen etc., den erforderlichen Abstand einzuhalten.

Ziffer 1.3.5

Von den Vorgaben zum Abstand ausgenommen sind Gruppen von Personen, bei denen die Einhaltung des Abstands unzweckmässig ist, namentlich bei Kindern im Kleinkind- oder Schulalter, bei Familien, bei Paaren oder Personen, die im selben Haushalt leben.

4 Erhebung von Kontaktdaten

Ziffer 1.4.1

Die Mindestdauer bezweckt, dass lediglich sehr kurze oder punktuelle Annäherungen (z.B. beim Regal in Einkaufsläden, beim Zusammentreffen in Gängen) nicht massgebendes Kriterium dafür sind, dass in der Konsequenz Kontaktdaten erhoben werden müssen.

Ziffer 1.4.2

Die Informationspflicht ist eine wesentliche Voraussetzung in mehrfacher Hinsicht:

- In gesundheitlicher Hinsicht: Die Personen müssen informiert darüber sein, dass beim Besuch der Einrichtung oder bei der Teilnahme an der Veranstaltung ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht; sie sind damit bei einem Besuch oder einer Teilnahme bereit, dieses in Kauf zu nehmen.
- Mit Bezug auf mögliche Folgen: Kommt es im Betrieb oder an der Veranstaltung zu einem Infektionsfall, wird die zuständige kantonale Behörde klären müssen, ob eine Quarantäne anzuordnen ist, die bekanntlich mit sehr grossen Einschränkungen verbunden sind.
- In datenschutzrechtlicher Hinsicht: Die Personen müssen über die Erhebung und – im Infektionsfall – weitere Bearbeitung ihrer Personendaten informiert werden; ohne diese Datenerhebung wird der Besuch bzw. die Teilnahme nicht möglich sein.

Ziffer 1.4.3

Kontaktdaten müssen nicht separat erhoben werden, wenn über bestehende Datenbestände auf sie zugegriffen werden kann: denkbar sind Mitgliederdateien von Vereinen oder Clubs oder Adresslisten in Bildungseinrichtungen, daneben auch Reservationssysteme. Ansonsten sind Kontaktformulare zu verwenden. Bei bestehenden Daten ist darauf zu achten, dass diese auch wirklich sämtliche erforderlichen Angaben enthalten.

Ziffern 1.4.4, 1.4.5 und 1.4.6

Die Festlegung der zu erhebenden Kontaktdaten zielt ab auf (*Ziff. 1.4.4*):

- die Ermöglichung der Kontaktaufnahme durch die kantonalen Behörden im Infektionsfall: Name, Vorname, Wohnort und Telefonnummer. Die Angabe der Wohnadresse ist nicht erforderlich; die Angabe des Wohnorts hingegen schon, um zu klären, welcher Kanton dafür zuständig ist, um mit der betroffenen Person Kontakt aufzunehmen.

- die Eingrenzung der zu kontaktierenden Personen: Sitzplatz- oder Tischnummer in Sitzplatzbereichen.

Die ersten Erfahrungen haben gezeigt, dass die angegebenen Kontaktdaten teilweise nicht korrekt waren und so nicht für ein rasches und wirkungsvolles Contact Tracing durch die Kantone nutzbar waren. Die Richtigkeit der Kontaktdaten ist sowohl für Veranstaltungen bzw. bei Betrieben, bei denen Kontaktdaten erhoben werden, wichtig. Wie in einigen Kantonen bereits vorgegeben, sollen die Betreiber oder Organisatoren durch geeignete Massnahmen sicherstellen, dass korrekte Kontaktdaten angegeben werden (*Ziff. 1.4.5*).

Es genügt zudem die Datenerhebung einer Person bei Familien oder anderen Gruppen mit untereinander bekannten Personen bzw. Gruppen in Restaurationsbetrieben (*Ziff. 1.4.6*).

Ziffer 1.4.7

Der Betreiber oder Organisator ist verantwortlich, dass die Vertraulichkeit der Kontaktdaten bei der Erhebung gewährleistet ist; beispielsweise genügt das Auflegen einer Liste im Eingangsbereich, in die sich die Gäste eintragen und die zugleich für alle Gäste einsehbar ist, dieser Anforderung nicht. Zudem muss die Datensicherheit namentlich bei der Aufbewahrung der Daten gewährleistet werden, so etwa durch die Aufbewahrung in abgeschlossenen Behältnissen oder entsprechende IT-Vorkehrungen.

Ziffer 2

Ziffer 2 regelt die Vorgaben an Schutzkonzepte für öffentlich zugängliche Einrichtungen und Betriebe sowie Veranstaltungen, die bei Personen über 16 Jahren den Zugang auf Personen mit einem Zertifikat einschränken. Es beinhaltet Detailvorgaben, die im Schutzkonzept umgesetzt werden müssen. Dies betrifft beispielsweise Angaben zur Umsetzung der Zugangskontrolle, Hygienemassnahmen oder etwa die Information der anwesenden Personen über die geltenden Massnahmen und die Covid-19-spezifische Schulung des Personals. Auch eine allfällige Pflicht zum Tragen einer Gesichtsmaske für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und weitere an der Veranstaltung tätige Personen, die vor Ort Kontakt haben zu Besucherinnen und Besuchern muss im Schutzkonzept dokumentiert sein.

Anhang 2

Anhang 2 legt die Dauer fest, während der Personen nach einer Impfung bzw. Genesung von der Maskenpflicht und von der Kontaktquarantäne ausgenommen sind, sowie die Impfstoffe, deren Verwendung zum Zugang berechtigt. Die Dauer liegt bei 12 Monaten ab vollständiger Impfung, also in der Schweiz nach der 2. Dosis; beim Impfstoff von Janssen beträgt die Dauer 12 Monate ab dem 22. Tag nach erfolgter Impfung (*Ziff. 1.2*), bzw. bei genesenen Personen sechs Monaten ab dem 11. Tag nach der Bestätigung der Ansteckung, d.h. dem 11. Tag nach einem positiven Testergebnis eines Tests nach Artikel 6b Absatz 1 Buchstabe c Ziffer 2. (*Ziff. 2*). Erforderlich ist eine vollständige Verimpfung mit einem in der Schweiz zugelassenen Impfstoff gemäss Empfehlungen des BAG, bzw. mit einem von der Europäischen Arzneimittelagentur oder dem «WHO Emergency use listing» zugelassenen Impfstoff gemäss Impfempfehlung des Staates, in dem die Impfung durchgeführt wird (*Ziff. 1.1*). In welchem Staat die Impfung mit einem in der Schweiz oder durch die EMA zugelassenen Impfstoff

durchgeführt wird, spielt dabei keine Rolle. Bei Impfstoffen, für die eine Einfach-Impfung zulässig ist, ist nach den genehmigten Impf-Karenzzeiten zu verfahren. Bei der Aktivierung eines Covid-Zertifikats werden diese Fristen automatisch veranschlagt. Personen, die genesen sind und innerhalb von sechs Monaten eine erste Impfdosis erhalten haben, gelten als vollständig geimpfte Personen; die 12 Monate laufen ab dieser Impfdosis, nicht ab Genesung.

Die Kompetenz zur Nachführung von Anhang 2 an die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse wird dem EDI übertragen, wobei die Eidgenössische Kommission für Impffragen anzuhören ist (vgl. Art. 29).

Anhang 3 Änderung anderer Erlasse

Ziffer 1: Betreffend Anpassung Ordnungsbussenverordnung vom 16. Januar 2019⁷ vgl. Ausführungen zu Ziffer 2.6 Strafbestimmung.

Ziffer 2: Anpassung der Covid-19-Verordnung Publikumsanlässe

Die Covid-19-Verordnung Publikumsanlässe (SR 818.101.28) verweist in mehreren Artikeln auf Bestimmungen der vorliegenden Verordnung, die Grossveranstaltungen betreffen. Die Anpassungen betreffen einzig die Nachführung bzw. Korrektur dieser Verweise.

Ziffer 3: In der Covid-19-Verordnung Zertifikate vom 4. Juni 2021⁸ werden die Geltungsdauer der Impfzertifikate ebenfalls auf 12 Monate und diejenige der Testzertifikate auf 48 Stunden verlängert.

⁷ SR 314.11

⁸ SR 818.102.2